

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 1 · Januar 2003 · 58. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Indikatoren zur Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes 1997 bis 2001

Zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Hessischer Zahlenspiegel

Hessischer Umweltmonitor (1/03)



Auch auf Diskette als PDF-Datei

Inhalt

Verarbeitendes Gewerbe Indikatoren zur Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes 1997 bis 2001. Von <i>Manfred Frosch</i> .	2
Versorgung und Verbrauch, Einkommen Zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	9
Löhne und Gehälter Nettoverdienste im Handwerk preisbereinigt gesunken. Von <i>Theo Hefner</i>	15
Ganz kurz . . .	17
Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen	18
Hessischer Zahlenspiegel Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit.	19
Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung	20
Handwerk, Baugewerbe, Baugenehmigungen, Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe.	21
Außenhandel, Tourismus, Verkehr.	22
Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise	23
Steuern, Verdienste.	24
Buchbesprechungen	Umschlagseiten 3 und 4
Hessischer Umweltmonitor (1/03)	grüne Beilage

Impressum

ISSN 0344 — 5550 (Print)
ISSN 1616 — 9867 (Digital)

Copyright: © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2003
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890
E-Mail: vertrieb@hsl.de — Internet: www.hsl.de

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804

Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 4,00 Euro (Doppelheft 7,00 Euro), Jahresabonnement 40,80 Euro (inkl. Versandkosten)
Digital: Einzelheft 4,40 Euro (Doppelheft 6,80 Euro), Jahresabonnement 44,90 Euro (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 32,60 Euro (jeweils inkl. Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-802 oder -807.

Zeichen

— = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
0 = Zahlenwert ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle.
. = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
. . . = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
X = Tabellenfeld gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsdaten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
D = Durchschnitt.
s = geschätzte Zahl.
p = vorläufige Zahl.
r = berichtete Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsdaten und Salden mit einem Vorzeichen versehen. Positive Veränderungsdaten und Salden sind ohne Vorzeichen.
Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen

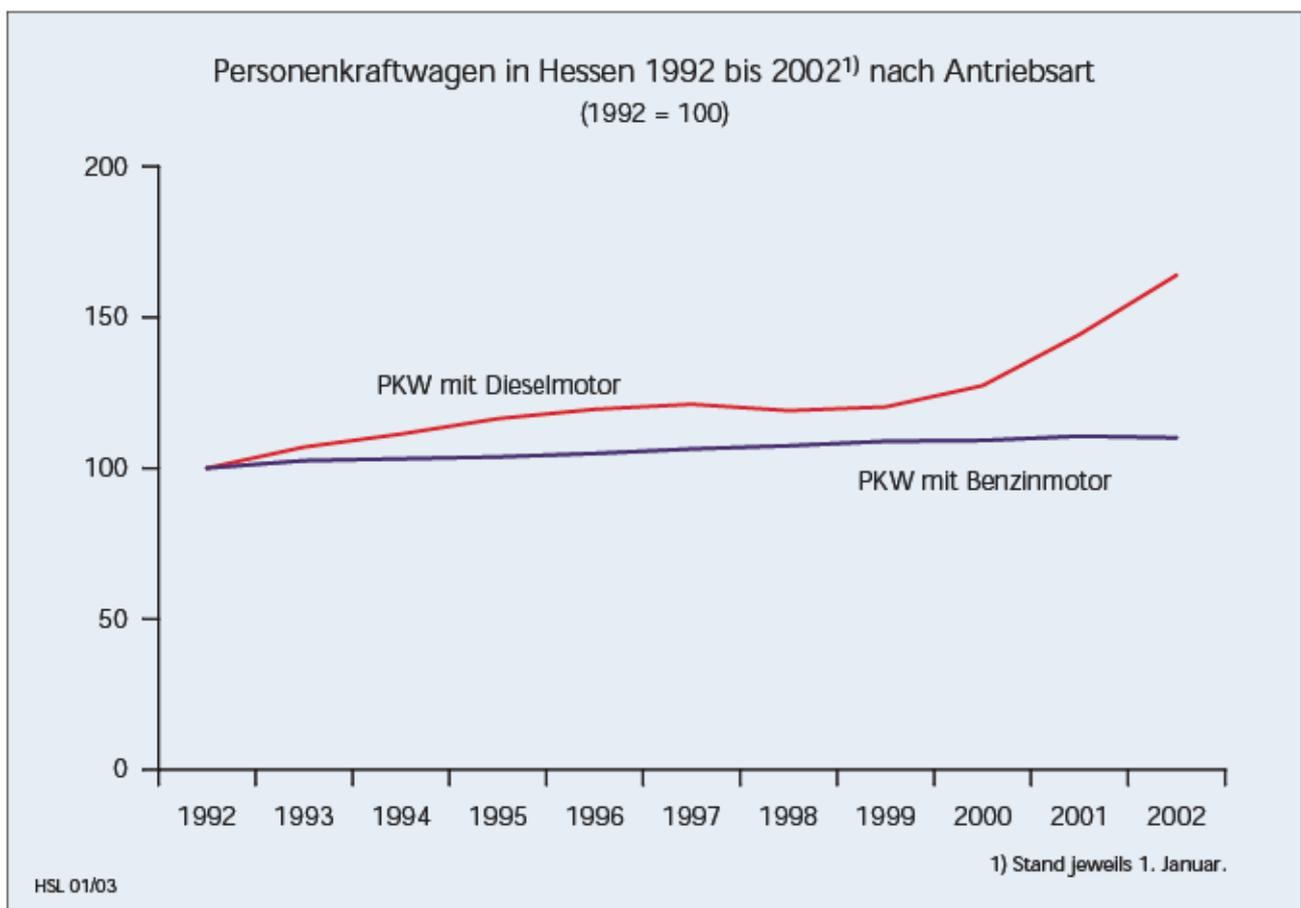
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

1 · 03

58. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



Indikatoren zur Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes 1997 bis 2001

Im Durchschnitt des Jahres 2001 wurden im hessischen Verarbeitenden Gewerbe knapp 3300 Betriebe erfasst. Sie beschäftigten 458 450 Mitarbeiter, von denen die Arbeiter 409,9 Mill. Arbeiterstunden leisteten. Der Gesamtumsatz belief sich auf 83,7 Mrd. Euro. Während die Betriebs- und Beschäftigtenzahlen sowie die Arbeitsleistung zwischen 1997 und 2001 sanken, konnte der Umsatz gesteigert werden. Die aus den Indikatoren des Verarbeitenden Gewerbes ermittelten Kennziffern „Arbeiter je Angestellter“, „Arbeitsleistung je Arbeiter“ sanken in den letzten fünf Jahren. Der Umsatz aus Eigenerzeugung je Beschäftigten konnte dagegen gesteigert werden.

Rückläufige Betriebszahlen

Die Gesamtzahl der im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ erfassten Betriebe²⁾ ist im Jahr 2001 im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 % gesunken. Damit setzte sich die Entwicklung der Vorjahre fort. In fast jedem der Jahre nach 1997 verminderte sich die Zahl der Betriebe, am stärksten mit – 2,0 % im Jahr 1998. Diese rückläufige Entwicklung dürfte nicht nur konjunkturbedingt sein, viele Betriebe haben auch aus anderen Gründen den Berichtskreis verlassen, wenn sie zum Beispiel über Jahre hinweg die Grenze von 20 Beschäftigten nur wenig übertrafen und — abgesehen von der aktuellen Wirtschaftslage — in der Folge von Rationalisierungsmaßnahmen oder der Auslagerung von Funktionen an entsprechende Dienstleister (Outsourcing) aus dem Berichtskreis herausfielen. Sie wurden dann Kleinbetriebe, die nicht zum monatlichen Berichtskreis gehören.

Unter den großen Branchen des Landes sind die Einflussfaktoren der Entwicklung allerdings sehr verschieden und teilweise standort- und/oder branchenbedingt. Zum Beispiel verlagerten Betriebe ihren Sitz aus Hessen, weil ihnen an anderen Standorten Vorteile winkten. Hierzu zählen niedrigere Löhne im EU-Ausland, eine Verbesserung der Verkehrsanbindung oder auch die Verlagerung aus Ballungsräumen mit ihren hohen Grundstückskosten und Umweltauflagen. In einigen Fällen dürfte auch die Substitution von bisher in Hessen hergestellten Produkten durch technische Neuentwicklungen und damit die Einstellung der Erzeugung überholter Produkte (z. B. Herstellung von mechanischen Aggregaten,

mechanischen Steuerungseinrichtungen u. Ä.) und der Import der innovativen Substitutionsprodukte aus dem Ausland eine Rolle spielen. Die hierdurch erzielbaren Kostenreduzierungen führten nicht selten zu Personalverminderungen und zum Unterschreiten der Bemessungsgrenze für die Einbeziehung in den Berichtskreis.

Da für die fachliche Zuordnung der Schwerpunkt des Betriebes maßgebend ist, kann der technische Fortschritt auch zur Verlagerung des fachlichen Schwerpunktes von Betrieben führen und die Entwicklung der Betriebszahlen je Branche beeinflussen. Betriebe, die bisher überwiegend mechanische Aggregate herstellten, haben sich inzwischen der technischen Entwicklung angepasst und erzeugen Produkte der gleichen Funktion, jedoch mit überwiegend elektrotechnischem oder elektronischem Schwerpunkt. Da diese Veränderungen je nach Branche stark differieren können, weichen die Entwicklungen zum Teil erheblich von einander ab.

In welchem Ausmaß die genannten Faktoren für die Verringerung der Betriebe zur Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren zutreffen, kann nur bei einzelbetrieblicher Untersuchung ergründet werden, wobei die statistische Geheimhaltung der Darstellung Grenzen setzt. Um 4,9 % ging dort die Zahl der Betriebe im Durchschnitt des Jahres 2001 im Vergleich zum Vorjahr zurück, und zwischen 1997 und 2001 gab es lediglich 1999 (+ 1,2 %) und im Jahr 2000 (+ 0,4 %) leichte Zunahmen der Betriebszahlen. Der Rückgang der Betriebszahl 2001 im Vergleich zu 1997 beläuft sich auf – 4,9 %.

Obwohl die Zahl der Maschinenbaubetriebe im Jahr 2001 im Vergleich zum Vorjahr leicht zugenommen hat, lag sie nach nahezu kontinuierlichen Rückgängen in den Vorjahren um 0,4 % niedriger als 1997.

Im Gegensatz hierzu und zur Gesamtentwicklung nahmen die Betriebszahlen bei der Chemischen Industrie zwischen 1997 und 2001 in jedem Jahr zu. 2001 hatte die Steigerung im Vergleich zum Vorjahr 1,7 % betragen. Insgesamt ergab sich für die letzten fünf Jahre eine Zunahme um 9,1 %.

Recht positiv war die Entwicklung auch bei der Kraftfahrzeugbranche — den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. In jedem der Jahre nach 1997 konnte eine Zunahme registriert werden. Sie betrug 2001 im Vergleich zum Vorjahr 1,4 % und addierte sich für die vergangenen fünf Jahre auf 11 %.

1) Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

2) Örtlich getrennte Niederlassungen einschl. der zugehörigen und in der Nähe liegenden Verwaltungs-, Reparatur-, Montage- und Hilfsbetriebe.

**Betriebe, Beschäftigte und Arbeitsleistung im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾
1997 bis 2001 nach ausgewählten Branchen**

Art der Angabe	1997	1998	1999	2000	2001	Zu- bzw. Abnahme (-)				
						gegenüber dem jeweiligen Vorjahr				2001 zu 1997
						1998	1999	2000	2001	
						%				
Betriebe										
Verarbeitendes Gewerbe i n s g e s a m t	3 324	3 257	3 300	3 295	3 289	- 2,0	1,3	- 0,2	- 0,2	- 1,1
darunter										
Chemische Industrie	165	174	174	177	180	5,5	—	1,7	1,7	9,1
Maschinenbau	509	499	508	506	507	- 2,0	1,8	- 0,4	0,2	- 0,4
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	63	64	67	69	70	1,6	4,7	3,0	1,4	11,1
Herstellung von Metall- erzeugnissen	406	402	408	414	416	- 1,0	1,5	1,5	0,5	2,5
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	247	243	246	247	235	- 1,6	1,2	0,4	- 4,9	- 4,9
Beschäftigte i n s g e s a m t										
Verarbeitendes Gewerbe i n s g e s a m t	481 106	470 074	464 707	459 468	458 450	- 2,3	- 1,1	- 1,1	- 0,2	- 4,7
darunter										
Chemische Industrie	71 023	66 418	65 927	63 899	64 246	- 6,5	- 0,7	- 3,1	0,5	- 9,5
Maschinenbau	65 384	64 505	64 009	63 109	62 582	- 1,3	- 0,8	- 1,4	- 0,8	- 4,3
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	60 973	61 112	60 801	59 927	59 229	0,2	- 0,5	- 1,4	- 1,2	- 2,9
Herstellung von Metall- erzeugnissen	40 491	40 851	39 957	39 287	39 431	0,9	- 2,2	- 1,7	0,4	- 2,6
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	36 322	35 756	35 535	35 858	36 148	- 1,6	- 0,6	0,9	0,8	- 0,5
Geleistete Arbeiterstunden in 1000										
Verarbeitendes Gewerbe i n s g e s a m t	441 157	437 814	426 696	419 419	409 875	- 0,8	- 2,5	- 1,7	- 2,3	- 7,1
darunter										
Chemische Industrie	45 205	42 278	41 565	40 106	39 969	- 6,5	- 1,7	- 3,5	- 0,3	- 11,6
Maschinenbau	57 446	56 580	55 623	55 054	54 661	- 1,5	- 1,7	- 1,0	- 0,7	- 4,8
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	64 082	65 371	65 063	62 238	58 708	2,0	- 0,5	- 4,3	- 5,7	- 8,4
Herstellung von Metall- erzeugnissen	42 888	43 197	42 501	41 605	41 015	0,7	- 1,6	- 2,1	- 1,4	- 4,4
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	40 929	43 502	41 616	41 805	41 497	6,3	- 4,3	0,5	- 0,7	1,4

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

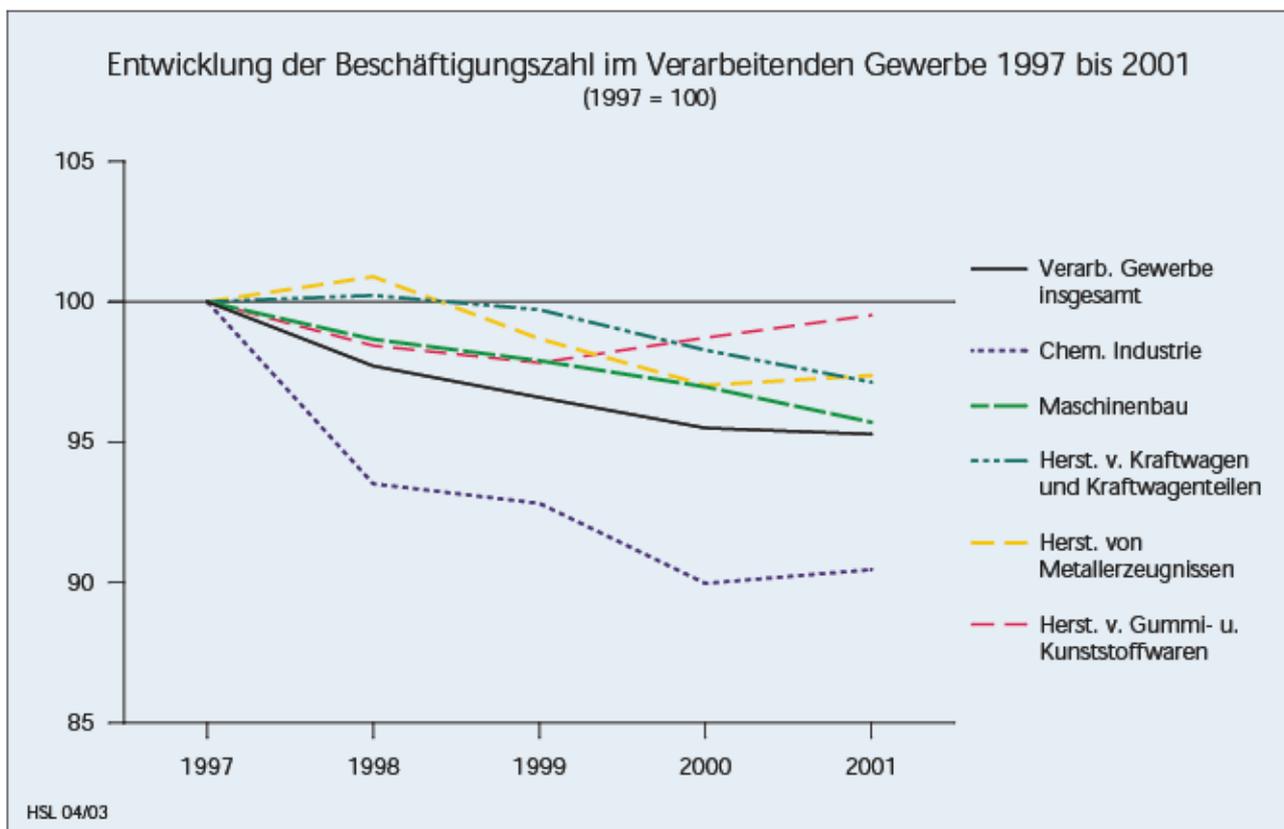
Beschäftigtenzahlen weiter gesunken

Die Zahl der Beschäftigten³⁾ des Verarbeitenden Gewerbes ist im Jahr 2001 im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 % gesunken. Da die Beschäftigtenreduzierung bereits seit 1997 anhält, ergibt sich für den gesamten Zeitraum eine Abnahme der Beschäftigtenzahlen um 4,7 %.

Abgesehen von den bereits zu den Betrieben erwähnten Faktoren dürften nicht alle Beschäftigten, die vom Verarbeitenden Gewerbe freigesetzt wurden, in die Arbeitslosigkeit entlassen worden sein. Vielfach erfolgten auch Auslagerungen von Geschäftsbereichen (Outsourcing), entweder zur Ver-

wirklichung kurzfristiger Kostensenkungen oder zur Verfolgung langfristiger Strategien. Bereiche, die keinen oder nur einen geringen Bezug zum Kerngeschäft hatten, wurden Dritten übertragen. Hierzu gehören beispielsweise das Gebäudemanagement, die Logistik oder die Kantinen. Auch der IT-Bereich wird in vielen Fällen Dritten übertragen. Anbieter wie T-Systems, Siemens Business Services, EDS, SAP oder SCS Ploenzke übernehmen ganze Geschäftsprozesse, z. B. die Personalabrechnung, die Beschaffung oder die Buchhaltung. Vielfach werden aber auch neue Unternehmen gegründet, die die genannten Funktionen für mehrere Unternehmen wahrnehmen. Die Mitarbeiter der ausgelagerten Abteilungen wechseln dann in die neugegründete Gesellschaft und „verlassen“ das Verarbeitende Gewerbe. Nicht selten werden vom Outsourcing besondere Leistungen er-

3) Alle im Betrieb tätigen Personen, d. h. tätige Inhaber, mithelfende Familienangehörige, Angestellte (einschl. kaufmännisch und technisch Auszubildender), Arbeiter (einschl. gewerblich Auszubildender), aber ohne Heimarbeiter.



wartet. Das „Business Transformation Outsourcing“ (BTO) zielt auf bestimmte Leistungsverbesserungen ab. Damit sinken für das auslagernde Unternehmen nicht nur die Kosten für bisher selbst wahrgenommene Funktionen, sondern die Leistungen werden darüber hinaus auch gesteigert. Außerdem erhöht das Unternehmen, das sich zu dem Outsourcing-Schritt entschieden hat, seine Flexibilität⁴⁾; es kann leichter auf Kapazitätsschwankungen reagieren. Die Entwicklung, die sich noch immer im Anfangsstadium befindet, dürfte auch in Zukunft zu einer nicht unerheblichen Reduzierung der Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe führen. Wenn eine Verlagerung in den tertiären Sektor der Wirtschaft stattfindet, wird der Arbeitsmarkt nicht belastet. Je größer jedoch die Zahl der Anbieter der erwähnten Leistungen wird, die überdies vielfach nur ihre bereits aufgebauten, nicht immer ausgelasteten Kapazitäten auslasten, umso größer wird der Rationalisierungseffekt: Dem Abbau von Beschäftigten im sekundären Sektor steht keine gleich große Expansion im tertiären Sektor gegenüber.

Der Rückgang der Zahl der Angestellten verlief in den letzten fünf Jahren weniger dramatisch als der der Arbeiter. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, dass viele Arbeiter ins Angestelltenverhältnis übernommen wurden. Auch deshalb wich die Entwicklung der Angestelltenzahlen erheblich von der der Arbeiter ab.

4) Vgl. „Wachsende Bedeutung des strategischen Outsourcing“ und „Ganze Geschäftsprozesse auslagern“ in Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 185 vom 12. August 2002, Seite 17.

1997 kamen auf einen Angestellten noch durchschnittlich 1,5 Arbeiter. Bis 2001 hatte sich dieses Verhältnis auf 1,4 reduziert. Mit der Übernahme in ein Angestelltenverhältnis erfolgt in den Betrieben nicht nur eine Angleichung der Beschäftigten zur vereinfachten Abrechnung der Löhne, sondern viele hochqualifizierte Arbeiter verrichten bei der Steuerung von kapitalintensiven Produktionsmitteln Aufgaben, die einen erheblichen Verantwortungsgrad erreichen und ihre Übernahme ins Angestelltenverhältnis auch deshalb rechtfertigen. Überdies kann auf Grund zunehmender Rationalisierung und der Mechanisierung einfacher Arbeiten immer mehr auf ungelernete Arbeiter verzichtet werden.

Rückgang der Arbeitsleistungen

Die Reduzierung der Arbeitsleistung folgte dem Rückgang der Beschäftigtenzahl, wobei die tariflichen Einflüsse gering sind. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Arbeiter betrug im Produzierenden Gewerbe 1997 noch 37,7 Stunden, bis 2001 ist sie auf 37,6 Stunden zurückgegangen. In keinem der Jahre nach 1997 wurden die geleisteten Arbeiterstunden erhöht, und im Jahr 2001 belief sich der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr auf 2,3 %; gegenüber 1997 ergibt sich eine Verminderung um 7,1 %. Dass die Reduzierung der Arbeitsleistung höher ausfällt als die der Arbeitsplätze für Arbeiter ist auch darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Arbeiter in Zeiten konjunktureller Flaute in Abhängigkeit von der jeweiligen Qualifikation eher reduziert wird als die der Angestellten, auf deren Erfahrungen man zurückgreifen will, wenn die Nachfrage wieder zunimmt. Zudem

**Arbeitsleistung je Arbeiter sowie Umsatz aus Eigenerzeugung je Beschäftigten
im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ 1997 bis 2001 nach ausgewählten Branchen**

Art der Angabe	1997	1998	1999	2000	2001
Arbeitsleistung je Arbeiter					
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1 538	1 556	1 551	1 547	1 520
darunter					
Chemische Industrie	1 567	1 582	1 586	1 591	1 590
Maschinenbau	1 563	1 582	1 583	1 564	1 557
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 465	1 497	1 507	1 478	1 404
Herstellung von Metallerzeugnissen	1 538	1 534	1 536	1 526	1 500
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	1 557	1 646	1 590	1 576	1 560
Umsatz aus Eigenerzeugung je Beschäftigten in Euro					
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	133 470	139 663	135 067	143 540	144 694
darunter					
Chemische Industrie	165 098	180 602	178 317	190 498	194 621
Maschinenbau	116 438	125 475	115 703	127 776	131 691
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	141 118	145 375	120 673	116 068	110 836
Herstellung von Metallerzeugnissen	113 235	114 877	112 709	118 579	121 024
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	133 832	131 150	133 235	134 751	136 247

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

werden — wie bereits erwähnt — Arbeiter zunehmend ins Angestelltenverhältnis übernommen.

Besonders stark war die Verminderung der Arbeitsleistung in der Chemischen Industrie. Sie meldete im Jahr 2001 zwar lediglich einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 %, wegen der erheblichen Einschränkung der Arbeitsleistung in den Vorjahren ergibt sich für die Zeit zwischen 1997 und 2001 allerdings eine Verminderung der geleisteten Arbeiterstunden von fast 12 %.

Ebenfalls recht beachtlich war die Verminderung der Arbeitsleistung im Kraftfahrzeugbereich. Dort wurde die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden 2001 im Vergleich zum Vorjahr um 5,7 % vermindert. Für die letzten vier Jahre ergibt sich eine Reduzierung der Arbeitsleistung um 8,4 %, die auch durch eine um 0,7 Stunden reduzierte Wochenarbeitszeit verursacht wurde. Vor allem der Kraftfahrzeugbereich war in den letzten Jahren von erheblichen Rationalisierungsanstrengungen betroffen. Das Schlagwort von der menschenleeren Fabrik, das immer wieder mit Bezug auf die Kraftfahrzeugproduktion zitiert wird, betraf vor allem die ungelerten und angelernten Arbeitskräfte „am Band“, deren Leistungen zunehmend von Automaten ersetzt wurde.

Eine entsprechende Entwicklung wird auch vom Maschinenbau gemeldet. Sie ist dort besonders stark, wo die Produktion nicht auf individuelle Leistungen von Fachleuten, die

Aggregate in Einzelfertigung erzeugen, angewiesen ist. Serien- und Massenfabrikation ermöglicht in weit stärkerem Maße die Substitution menschlicher Arbeitskraft durch Automaten. Dieser Prozess war im Maschinenbau gleichförmiger als in den anderen großen hessischen Branchen und dürfte teilweise auch durch eine Veränderung der Wochenarbeitszeit hervorgerufen worden sein. Insgesamt addiert sich der Rückgang der Arbeitszeit zwischen 1997 und 2001 auf 4,8 %.

Welche Faktoren bei der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren zur Steigerung der Arbeitsleistung führte, kann nur vermutet werden. Die verstärkte Nachfrage nach Zulieferteilen dürfte hierfür eine Rolle spielen. Sie schlägt sich auch in einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 1997 im Durchschnitt 38,7 Wochenstunden auf 39,0 Wochenstunden im Jahr 2001 nieder. Allerdings ging die Arbeitsleistung 2001 im Vergleich zum Vorjahr wieder leicht zurück (-0,7 %). Vermutlich konnten Überstunden reduziert werden, doch insgesamt ergibt sich für die Zeit zwischen 1997 und 2001 eine Ausweitung der Arbeitsleistung um 1,4 %.

Umsätze steigen weiterhin

Der Gesamtumsatz⁵⁾ des Verarbeitenden Gewerbes ist 2001 im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 % auf 83,7 Mrd. Euro gestiegen. Lediglich 1999 musste im Vergleich zum Vorjahr ein leichter Umsatzrückgang (-0,5 %) hingenommen werden, der jedoch nicht verhinderte, dass zwischen 1997 und 2001 ein recht beachtlicher Umsatzanstieg (+6,8 %) erwirtschaftet wurde. Die Definition des Begriffs Gesamtumsatz verdeutlicht, dass die Umsatzentwicklung nicht nur von konjunkturellen Einflussfaktoren abhängt, sondern auch von Entwicklungen bestimmt wird, die das Verarbeitende Gewerbe je nach Branche verschieden trifft. Werden die Reparaturarbeiten Dritten übertragen, Montagearbeiten ausgelagert

5) Rechnungsbeträge ohne Mehrwertsteuer der aus eigener Produktion stammenden Lieferung sowie ausgeführten Reparaturen, Montagen, Lohnarbeiten und Lohnveredelungen einschl. der darin enthaltenen Verbrauchssteuern sowie der Kosten für Fracht, Transportversicherung, Porto, Verpackung und Spesen, auch wenn diese gesondert berechnet werden. Eingeschlossen sind der Umsatz aus Verkauf von Energie, Nebenerzeugnissen und verkaufsfähigen Produktionsrückständen sowie der Umsatz aus sonstigen Betriebsteilen, so z. B. baugewerblicher Umsatz, der Umsatz aus Handelsware, aus Vermietungen und Verpachtungen von betrieblichen Anlagen und Einrichtungen, aus Lizenzverträgen u. Ä.

gert, der nicht zum Unternehmensziel zählende Verkauf von Energie aus prozesstechnischen Gründen gesteigert, oder wird auch der Anteil des Handelumsatzes am Gesamtumsatz verstärkt, weil der Markt das Angebot zusätzlicher fremdbezogener Produkte fordert, ergeben sich zum Teil erhebliche Veränderungen. Deutlich wird dies vor allem im Anteil des Umsatzes aus eigener Erzeugung am Gesamtumsatz. 2001 belief sich dieser Anteil für das gesamte Verarbeitende Gewerbe auf 79 %. Im Jahr 1997 waren es noch 82 %.

Erhebliche (Gesamt)Umsatzsteigerungen wurden vor allem von den Herstellern von Metallerzeugnissen gemeldet. Zwar musste auch dort 1999 im Vergleich zum Vorjahr ein Umsatzrückgang hingenommen werden (- 4,2 %), 2001 konnte jedoch im Vergleich zum Vorjahr eine Umsatzzunahme um 12 % registriert werden. Diese und weitere Zunahmen bewirkten für 2001 im Vergleich zu 1997 einen Umsatzzanstieg um 15 %. Allerdings ist bei der Umsatzentwicklung zu beachten, dass der Anteil der Eigenerzeugung 1997 noch bei 89 % lag, und dieser Anteil bis 2001 auf 80 % gesunken ist.

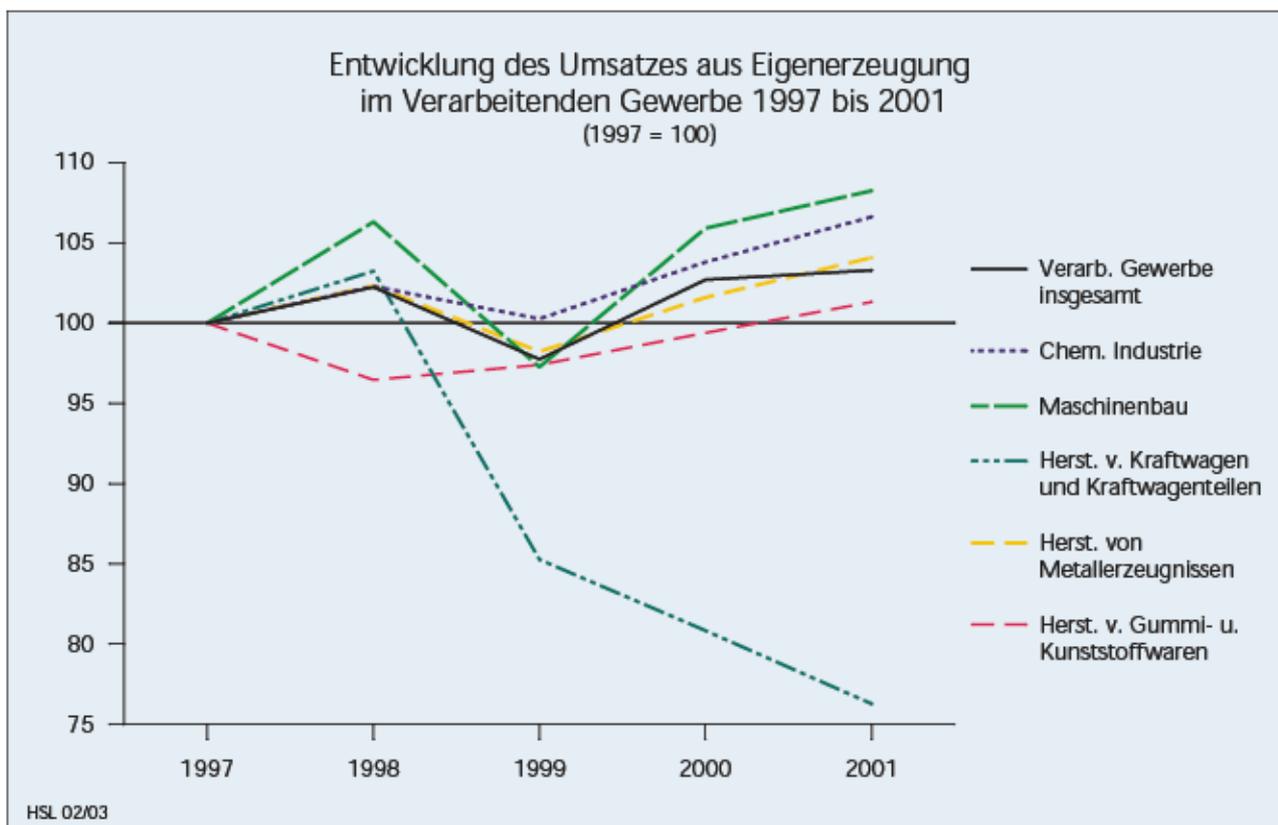
Nur wenig geringer war der Umsatzzanstieg (+ 14 %), den der Maschinenbau 2001 im Vergleich zu 1997 erwirtschaftete. Abgesehen vom Jahr des allgemeinen Rückgangs 1999 (- 7,3 %) meldete der Maschinenbau in jedem der Jahre nach 1997 einen Umsatzzanstieg, der sich 2001 im Vergleich zum Vorjahr auf 5,0 % belief. Der Trend zur Verminderung der Eigenerzeugung ist auch beim Maschinenbau zu beobachten. 1997 belief sich der Anteil des

Umsatzes aus Eigenerzeugung am Gesamtumsatz noch auf 92 %, bis zum Jahr 2001 ist er um 4 Prozentpunkte auf 88 % gesunken.

Eine erfreuliche Umsatzentwicklung war in der Chemischen Industrie zu verzeichnen, die 2001 rund 12 % mehr Umsatz meldete als 1997 und 2,1 % mehr als im Jahr 2000. Zwar lag der Anteil des Umsatzes aus Eigenerzeugung bei der Chemischen Industrie 1997 bereits mit 72 % erheblich unter dem Durchschnitt für das gesamte Verarbeitende Gewerbe, doch ist er bis 2001 weiter auf 68 % gesunken.

Rückläufig war der Umsatz im Kraftfahrzeugsektor. Dort gab es in jedem der Jahre nach 1997 Umsatzrückgänge, den stärksten im Vergleich zum Vorjahr mit - 6,9 % im Jahr 2000. Zwischen 1997 und 2001 sank der Gesamtumsatz um 17 %. Der Anteil des Umsatzes aus Eigenerzeugung, der 1997 bei nur 69 % gelegen hatte, ist bis 2001 allerdings auf 64 % gesunken.

Gleichfalls, wenn auch nur leicht, ging der Umsatz der Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren zwischen 1997 und 2001 (- 0,3 %) zurück. Hier war das Ergebnis des Jahres 1998 mit - 3,8 % im Vergleich zum Vorjahr besonders nachhaltig. Denn in allen übrigen Jahren konnte ein leichter Zuwachs erzielt werden. Der Umsatzanteil aus Eigenerzeugung (1997: 86 %) veränderte sich im Gegensatz zu den übrigen bedeutenderen Branchen bis 2001 (87 %) nur wenig.



Gesamtumsatz und Umsatz aus Eigenerzeugung im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾
1997 bis 2001 nach ausgewählten Branchen
 (Angaben in 1000 Euro)

Art der Angabe	1997	1998	1999	2000	2001	Zu- bzw. Abnahme (-)				
						gegenüber dem jeweiligen Vorjahr				2001 zu 1997
						1998	1999	2000	2001	
%										
Gesamtumsatz										
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	78 361 538	78 768 871	78 396 408	82 373 586	83 720 898	0,5	- 0,5	5,1	1,6	6,8
darunter										
Chemische Industrie	16 351 509	16 253 815	17 044 365	17 977 662	18 349 914	- 0,6	4,9	5,5	2,1	12,2
Maschinenbau	8 242 322	8 814 203	8 170 704	8 909 306	9 357 165	6,9	- 7,3	9,0	5,0	13,5
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	12 458 602	12 217 656	11 486 010	10 693 514	10 304 410	- 1,9	- 6,0	- 6,9	- 3,6	- 17,3
Herstellung von Metall-erzeugnissen	5 169 070	5 341 931	5 116 048	5 322 074	5 947 806	3,3	- 4,2	4,0	11,8	15,1
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	5 647 534	5 432 504	5 572 306	5 600 595	5 632 237	- 3,8	2,6	0,5	0,6	- 0,3
Umsatz aus Eigenerzeugung										
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	64 213 033	65 651 891	62 766 592	65 952 011	66 335 181	2,2	- 4,4	5,1	0,6	3,3
darunter										
Chemische Industrie	11 725 786	11 995 242	11 755 924	12 172 612	12 503 615	2,3	- 2,0	3,5	2,7	6,6
Maschinenbau	7 613 205	8 093 764	7 406 006	8 063 828	8 241 493	6,3	- 8,5	8,9	2,2	8,3
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	8 604 408	8 884 127	7 337 059	6 955 604	6 564 724	3,3	- 17,4	- 5,2	- 5,6	- 23,7
Herstellung von Metall-erzeugnissen	4 584 999	4 692 823	4 503 527	4 658 631	4 772 116	2,4	- 4,0	3,4	2,4	4,1
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	4 861 063	4 689 384	4 734 505	4 831 890	4 925 066	- 3,5	1,0	2,1	1,9	1,3

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Durchschnittlicher Arbeitseinsatz je Arbeiter sinkt

Kennziffern können Entwicklungen und Strukturen verdeutlichen. Allerdings sind hierbei auch Einschränkungen zu berücksichtigen. So ist die aus den vorliegenden Zahlen ermittelbare durchschnittliche Betriebsgröße dann nicht aussagefähig, wenn Betriebe den Berichtskreis wegen Unterschreitung der Bemessungsgrenze für die Berichtspflicht verlassen haben. Da dies zwischen 1997 und 2001 für zahlreiche Betriebe zutreffen dürfte, weil Rationalisierungsmaßnahmen und Wirtschaftslage hierzu zwangen, lässt die Untersuchung der aus den Daten gewonnenen durchschnittlichen Betriebsgröße keine schlüssigen Aussagen zu. Sie dürften auch wegen des Wechsels des wirtschaftlichen Schwerpunkts, der sich in den letzten Jahren für nicht wenige Betriebe als notwendig erwies, schwierig sein.

Da die geleisteten Arbeiterstunden im Verarbeitenden Gewerbe zwischen 1997 und 2001 stärker sanken als die Zahl der Arbeiter, ergibt sich eine Verminderung der durchschnittlichen Arbeitsleistung je Arbeiter. 1997 hatte ein Arbeiter im Verarbeitenden Gewerbe noch durchschnittlich 1538 Stunden im Jahr zu erbringen, 2001 waren es nur noch 1520, das war in den letzten fünf Jahren eine Reduzierung um 18 Stunden oder 1,2 %. Diese Verringerung wurde vor allem durch

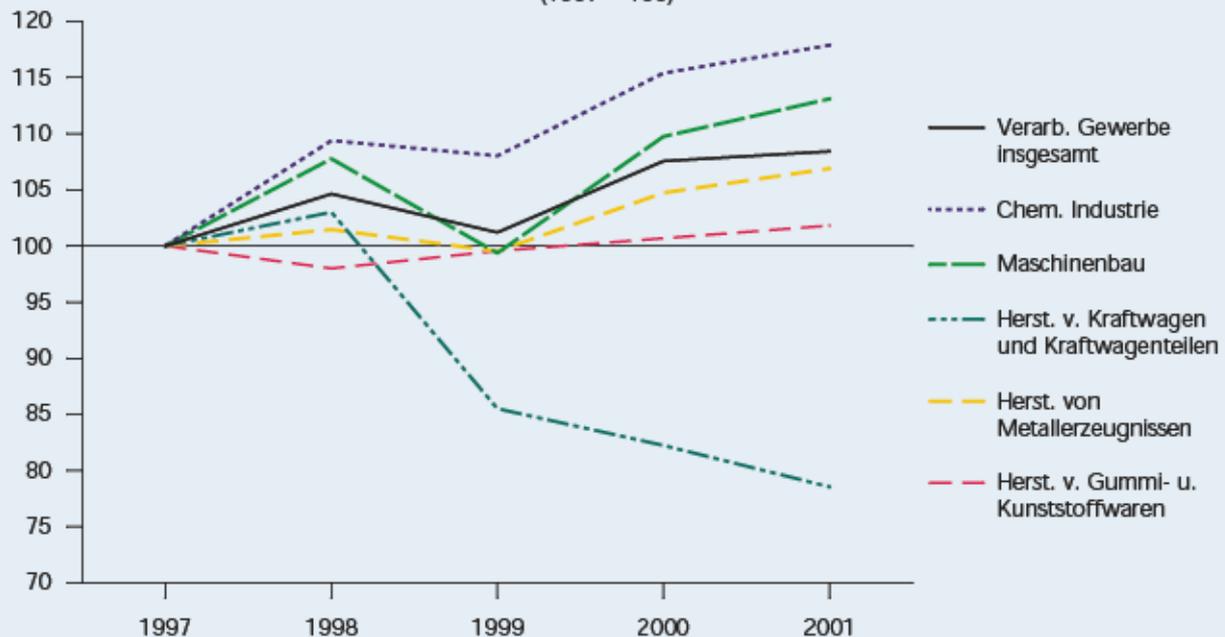
die erhebliche Verminderung der durchschnittlichen Arbeitsleistung je Arbeiter im Kraftfahrzeugsektor verursacht. Dort hatte ein Arbeiter 1997 noch durchschnittlich 1465 Stunden im Jahr zu leisten, 2001 waren es 61 Stunden oder 4,2 % weniger. Dabei erfolgte vor allem in den Jahren 2000 und 2001 eine erhebliche Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit je Arbeiter.

Auch bei der Herstellung von Metall-erzeugnissen wurde die durchschnittliche Arbeitsleistung je Arbeiter verringert, und zwar von 1538 Stunden je Arbeiter im Jahr 1997 auf 1500 Stunden oder 2,5 % im Jahr 2001.

Im Maschinenbau schlug die Verminderung der durchschnittlichen Arbeitsleistung je Arbeiter kaum zu Buche. Sie belief sich zwischen 1997 und 2001 lediglich auf sechs Stunden oder 0,4 %.

In der Chemischen Industrie als eine der größeren Branchen des Landes war die längste Arbeitszeit je Arbeiter zu erbringen. Sie lag nicht nur 1997 mit 1567 Stunden je Arbeiter über dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, sondern übertraf diesen auch noch 2001. Außerdem errechnet sich für die letzten vier Jahre eine Steigerung der durchschnittlichen Arbeitsleistung je Arbeiter um 23 Stunden oder 1,5 %.

Entwicklung des Umsatzes aus Eigenerzeugung je Beschäftigten
im Verarbeitenden Gewerbe 1997 bis 2001
(1997 = 100)



HSL 03/03

... bei allerdings wachsenden durchschnittlichen Umsätzen je Beschäftigten

Während der Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes zwischen 1997 und 2001 um 6,8 % auf 83,7 Mrd. Euro stieg, konnte der Umsatz aus Eigenerzeugung im gleichen Zeitraum nur um 3,3 % auf 66,3 Mrd. Euro gesteigert werden. Der Anteil des Umsatzes aus eigener Erzeugung am Gesamtumsatz ist folglich um 3 Prozentpunkte zurückgegangen.

Im Durchschnitt des Jahres 2001 erwirtschaftete ein Beschäftigter im Verarbeitenden Gewerbe rund 144 700 Euro aus Eigenerzeugung, das waren 8,4 % mehr als 1997. Nur 1999 ging der durchschnittliche Umsatz aus Eigenerzeugung je Beschäftigten zurück. Im Jahr 2000 wurde der Vorjahreswert sogar um 6,3 % übertroffen.

Der durchschnittliche Umsatz je Beschäftigten war unter den größeren Branchen des Landes in der Chemischen Industrie am höchsten. Dort erzielte im Jahr 2001 ein Beschäftigter 194 600 Euro aus Eigenerzeugung, rund 50 000 Euro mehr als im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. In der Chemischen Industrie konnte der durchschnittliche Umsatz je Beschäftigten auch am stärksten gesteigert werden. Nach

einer jährlichen Zunahme, die nur 1999 unterbrochen wurde, belief sich der Zuwachs zwischen 1997 und 2001 auf 18 %.

Im Maschinenbau wurden 2001 im Durchschnitt je Beschäftigten 131 700 Euro aus Eigenerzeugung erwirtschaftet, gut 13 000 Euro weniger als im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. Die Steigerung der letzten fünf Jahre belief sich auf 13 %, wobei 1999 im Vergleich zum Vorjahr ein Einbruch um 7,8 % hingenommen werden musste.

Etwas unter dem Maschinenbau lag der durchschnittliche Umsatz aus Eigenerzeugung je Beschäftigten mit 121 000 Euro im Jahr 2001 bei der Herstellung von Metallerzeugnissen, und auch dort konnte während der letzten fünf Jahre eine Zunahme (+ 6,9 %) erzielt werden.

Obwohl der durchschnittliche Umsatz aus Eigenerzeugung in der Kraftfahrzeugbranche im Jahr 2001 mit 110 800 Euro der kleinste unter den bedeutenderen Branchen des Landes war, musste dort nach anhaltendem Rückgang über fast alle Jahre des Vergleichszeitraums eine Verminderung um 21 % registriert werden. □



Zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Seit nunmehr 40 Jahren finden in Deutschland im Abstand von fünf Jahren Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) bei den privaten Haushalten statt. Neben dem Schwerpunkt der Erhebung, nämlich Angaben über Herkunft und Höhe des monatlichen Budgets sowie über seine Verwendung zu gewinnen, gehören Fragen zur Ausstattung der Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern, zur Vermögensbildung und zu den Vermögensbeständen zum Programm. Für die kommende EVS im Jahr 2003 wurde weitgehend das Konzept der letzten Erhebung beibehalten, durch das in erster Linie die teilnehmenden Haushalte entlastet und die Aufbereitung der Daten beschleunigt werden sollen. In Hessen sind wieder rund 5500 Haushalte aller Bevölkerungsschichten auf freiwilliger Basis in die Erhebung einzubeziehen. In einem Rotationsverfahren haben sie nach einem „Einführungsinterview“ drei Monate Buch zu führen. Die Vermögensfragen, die zuletzt in Einführungsinterview und Haushaltsbuch auf gegliedert waren, sind diesmal in einer besonderen Anlage zum Einführungsinterview enthalten. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass sich — zumindest in Hessen — auch die Erhebungstechnik ändern wird, und zwar insofern, als auf den bisher üblichen Einsatz von Interviewern verzichtet wird.

Vorbemerkungen

Im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland wird im Jahr 2003 die neunte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) durchgeführt, nachdem vor nunmehr 40 Jahren, nämlich 1962/63, die erste Erhebung dieser Art stattfand. Rechtsgrundlage ist seit damals das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. I S. 18), zuletzt geändert durch Art. 10 des Ersten Gesetzes zur Änderung Statistischer Rechtsvorschriften vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294). Der vorgesehene fünfjährige Turnus der Erhebungen wurde lediglich einmal nicht eingehalten, als 1968 die statistischen Ämter durch eine Konzentration mehrerer Großzählungen (Gebäude- und Wohnungszählung, Handels- und Gaststättenzählung sowie Handwerkszählung) übermäßig belastet waren und man sich für eine Verschiebung auf das Jahr 1969 entschied. Das Erhebungsprogramm ist — wie bis 1993 auch die Erhebungsmethode — von Beginn an ziemlich konstant geblieben, wenngleich die für heutige Verhältnisse überaus großzügigen gesetzlichen Regelungen (mit lediglich fünf direkt auf die Statistik bezogenen Paragraphen) insbesondere bei den früheren Stichproben dazu genutzt wurden, für die Auswertungen unterschiedliche Schwerpunkte zu setzen. Über den gesamten Zeitraum betrachtet, wurde jedoch durch die Kontinuität der Kerninhalte eine höchstmögliche Vergleichbarkeit der Ergebnisse gewährleistet. Nach den grundlegenden methodischen Änderungen und den — weniger gravierenden — inhaltlichen Anpassungen im Jahr 1998 wird auch die EVS 2003 wieder einige Neuerungen mit sich bringen, sodass es angebracht erscheint, über den aktuellen Stand im Vorfeld der Erhebung kurz zu berichten. Auf diese Weise lässt sich zudem vermeiden, dass spätere fachliche Auswertungen durch die Darstellung methodischer Grundlagen überfrachtet werden.

Erhebungsziele

Zentrales Ziel der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist es, ein aktuelles Bild über die wirtschaftliche und soziale Lage der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in fachlich tiefer Gliederung sowie über Quellen und Höhe der Einnahmen, Struktur der Ausgaben, Vermögensbildung und Vermögensbestände in den privaten Haushalten zu gewinnen. Auf diesen Grundlagen können u. a. die voraussichtlichen Auswirkungen wirtschaftlicher und sozialpolitischer Maßnahmen unter verschiedenen Aspekten abgeschätzt und Fehlleitungen öffentlicher oder privater Mittel vermieden werden. Insbesondere werden die Daten aber für vielfältige Analysen und Planungen von Wissenschaft, Sozialpartnern, Wirtschaftsunternehmen oder Verbraucherverbänden genutzt. Konkret gehören dazu der Armuts- und Reichtumsbericht, die Festsetzung der Regelsätze bei der Sozialhilfe oder die Zusammensetzung des Warenkorb für die Messung der Lebenshaltungskosten. Ein wichtiger Gesichtspunkt ist dabei, dass — im Gegensatz zur Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen oder zu den meisten Untersuchungen von Instituten — durch die Einbeziehung einer relativ großen Zahl von Berichtseinheiten repräsentative Ergebnisse für private Haushalte fast aller Bevölkerungsgruppen dargestellt werden können. Dies gilt, obwohl in vielen Teilbereichen sicher die Bundesergebnisse im Vordergrund stehen, auch für eine Regionalisierung, die zumindest bei einem Land von der Größe Hessens noch eine Fülle brauchbarer Daten liefert und damit fundierte Aussagen zulässt.

In Richtung auf eine vollständigere Erfassung aller Bevölkerungsgruppen zielte im Wesentlichen auch die Einbeziehung von Ausländerhaushalten, nachdem auf sie ursprünglich vor allem aus erhebungstechnischen Gründen verzichtet worden war. Die besonderen Schwierigkeiten bei der Werbung einerseits sowie bei der exakten Führung der Haushaltsbücher infolge sprachlicher Probleme andererseits waren dafür die Hauptbeweggründe. Der gestiegene Anteil von Nicht-

deutschen, auf die beispielsweise in Hessen inzwischen etwa 10 % der Haushalte und 12 % der Einwohner entfallen, führte zu einem Umdenken in diesem Punkt. Zudem baute man darauf, dass in vielen Ausländerhaushalten mittlerweile Familienmitglieder mit den für die Erhebung erforderlichen deutschen Sprachkenntnissen leben, während eine Lösung mit fremdsprachigen Papieren oder gar der Zulässigkeit von (Text-)Angaben in Fremdsprachen bei dieser komplexen Materie ausscheiden musste. Trotz eines wenig zufrieden stellenden Tests im Jahr 1988 wurden Haushalte von Ausländern unter Vorgabe einer besonderen Quote ab 1993 in die Erhebung einbezogen. Wegen zu geringer Beteiligung — bundesweit wurden weniger als 50 % des Soll erreicht — konnten für sie jedoch weder 1993 noch 1998 eigene Ergebnisse dargestellt werden. Bei der EVS 2003 bleiben sie zwar einbezogen, werden aber nicht mehr gesondert behandelt, da man zum einen davon ausgeht, dass nicht die Staatsangehörigkeit der gravierendste Aspekt für Unterschiede bei Einkommen oder Konsum ist. Zum anderen sollte dadurch der umfangreiche Auswahlplan etwas gestrafft werden. Somit sind weiterhin nur Haushalte bzw. Personen in Gemeinschaftsunterkünften sowie Haushalte mit besonders hohem monatlichen Nettoeinkommen¹⁾ in der EVS unberücksichtigt.

Erhebungseinheiten, Auswahlverfahren

Erhebungseinheiten der EVS sind private Haushalte, die außer den beiden zuvor genannten Gruppen sämtliche Bevölkerungskreise repräsentieren sollen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist für das Jahr 2003 — wie schon bei den letzten Erhebungen — wieder ein bundesweiter durchschnittlicher Auswahlatz von 0,2 % vorgesehen; das entspricht der doch recht beträchtlichen Zahl von annähernd 75 000 Haushalten. Überproportional berücksichtigt werden dabei kleinere Länder, um auch für sie, zumindest in Teilbereichen, noch aussagefähige Ergebnisse zu erhalten. Für Hessen — und ansonsten nur noch für Niedersachsen — gilt der genannte Bundesdurchschnitt, sodass das Erhebungssoll insgesamt 5512 Haushalte umfasst²⁾; damit ist die Zahl der vorgesehenen Erhebungseinheiten gegenüber der letzten Erhebung im Jahr 1998 nahezu konstant geblieben.

Die Freiwilligkeit der Auskunftserteilung erschien von Anfang an bei einer derart komplexen Erhebung mit ihrem schwierigen, in weiten Teilen auch sehr sensiblen Fragenprogramm unabdingbar, wenn man vernünftige Ergebnisse erzielen wollte. Diese Überlegung wurde durch die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil zur

1) Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen ab 17 500 Euro werden nicht in die Erhebung einbezogen.

2) Die länderspezifischen Auswahlätze schwanken zwischen 0,18 % für Nordrhein-Westfalen und 0,25 % für Bremen.

3) Unter 900 Euro, 900 bis unter 1300 Euro, 1300 bis unter 2600 Euro, 2600 bis unter 3600 Euro sowie 3600 Euro oder mehr; zur Erfüllung der jeweils ermittelten Quoten wird bei der Teilnahmeerklärung die — nicht selten zu niedrige — Selbsteinschätzung der Haushalte herangezogen, unabhängig von der später durch die Anschreibung errechneten Einkommenshöhe.

Volkszählung 1983 über die Wahl des „milderen Mittels“ eindrucksvoll bestätigt. Andererseits ergab sich daraus das Problem, ein geeignetes Stichprobenverfahren zu finden. Bei einer als Idealfall angestrebten Zufallsstichprobe ist auf Grund der Freiwilligkeit nicht damit zu rechnen, dass sich eine ausreichend große Zahl derart ausgewählter Haushalte beteiligt. Außerdem haben die Erfahrungen gezeigt, dass sich die Teilnahmebereitschaft in solchen Fällen häufig auf bestimmte Bevölkerungsgruppen konzentriert (zum Beispiel Beamte oder Angestellte mit gehobenem Einkommen), durch die sich die Grundgesamtheit nicht annähernd korrekt widerspiegeln lässt. Daher hatte man sich seinerzeit für ein Quotenverfahren entschieden und dies auch bei der aktuellen Erhebung beibehalten. Die einzelnen Merkmale für die Quotierung, beruhend auf den Länderergebnissen des Mikrozensus 2000, sind wiederum der Haushaltstyp (anstelle der bis 1993 üblichen Haushaltsgröße) und die soziale Stellung der Bezugsperson mit jeweils sechs Ausprägungen sowie das monatliche Haushaltsnettoeinkommen in unverändert fünf Größenklassen³⁾, diese allerdings erstmals in Euro abgegrenzt. Da die Haushalte von Landwirten nicht mit den anderen Merkmalen kombiniert werden und eine Kombination des Haushaltstyps „Paare mit Kind(ern), beide Partner erwerbstätig“ mit der sozialen Stellung „Nichterwerbstätige“ per definitionem ausgeschlossen ist, ergeben sich insgesamt 156 Schichten. Diese müssen allerdings — zumindest in Hessen — teilweise zusammengefasst werden, weil sie schon bei der fünfmal größeren Stichprobe des Mikrozensus (1 %-Auswahlatz) zu schwach besetzt sind. Vorrangig erfolgen diese Zusammenfassungen bei den Einkommensgrup-

Erhebungssoll der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 in Hessen nach Gliederungsmerkmalen

Gliederungsmerkmal	Soll an Haushalten	
	Anzahl	% ¹⁾
Haushalte insgesamt	5 512	0,20
Nach dem Haushaltstyp		
Einpersonenhaushalte	1 305	0,14
Paare ohne Kind oder weitere Personen	1 778	0,22
Alleinerziehende ²⁾	190	0,22
Paare mit Kind(ern) ²⁾ , ein Partner berufstätig	565	0,24
Paare mit Kind(ern) ²⁾ , beide Partner berufstätig	723	0,22
Sonstige Haushalte ³⁾	890	0,27
Nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbezieher		
Landwirte	61	0,57
Selbstständige	739	0,39
Beamte, Angestellte	2 084	0,22
darunter		
Beamte	473	0,39
Angestellte	1 369	0,19
Arbeiter	914	0,18
Nichtberufstätige	1 714	0,16
darunter		
Rentner	1 021	0,14
sonstige Nichtberufstätige	272	0,21

1) Anteil an den hochgerechneten Haushalten des Mikrozensus 2000. — 2) Mit mindestens einem Kind im Alter von unter 18 Jahren. — 3) Z. B. Paare mit Kind(ern) ausschl. im Alter von über 18 Jahren.

pen und erst in zweiter Linie bei der sozialen Stellung (z. B. Beamte/Angestellte), keinesfalls aber auf der Ebene von Haushaltstypen, sodass am Ende für Hessen noch 92 Schichten übrig bleiben. Der detaillierte Quotenplan ist also auf jeden Fall wesentlich umfangreicher, als in der Tabelle dargestellt. Ähnlich wie bei der Quotierung für die einzelnen Länder wurden auch hier die in der Grundgesamtheit schwächer besetzten Schichten für die Auswahl in der Stichprobe überproportional berücksichtigt, um die Aussagefähigkeit der Ergebnisse zu verbessern, was aber nur gelingen kann, wenn sich auch tatsächlich eine entsprechend große Zahl von Haushalten zur Teilnahme bereit erklärt. Die schichtenspezifischen Auswahlsätze schwanken beträchtlich, und zwar in Hessen zwischen weniger als 0,1 % für Einpersonenhaushalte von Rentnern oder Arbeitern, jeweils in den beiden unteren Einkommensgruppen, und fast 0,8 % für Haushalte von allein erziehenden Selbstständigen, wobei diese in Hessen nicht einmal nach Einkommensklassen untergliedert sind. Zusätzlich sind die Schichten wegen der im Jahr 1998 erfolgten Verfahrensänderung beim Aufzeichnen der Einnahmen und Ausgaben (hierauf wird später ausführlicher eingegangen) anteilmäßig auf die einzelnen Quartale des Jahres aufgliedert. Dass auf die Haushaltsgröße als *Quotierungsmerkmal* verzichtet wird, hat übrigens keine Auswirkungen auf die spätere *Darstellung* der Ergebnisse, d. h., dass nach wie vor der Nachweis von Daten in dieser Gliederung möglich und selbstverständlich auch vorgesehen ist.

Erhebungsmerkmale

Wie bei amtlichen Statistiken üblich, sind die bei den Einkommens- und Verbrauchsstichproben zu erhebenden Merkmale gesetzlich festgelegt. Dabei lässt das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte einen relativ großen Spielraum, indem es in § 2 Abs. 1 folgende Tatbestände beschreibt:

1. die Einnahmen der Haushalte nach Quellen;
2. die Verwendung der Einnahmen für
 - a) den privaten Verbrauch,
 - b) Steuern und Abgaben,
 - c) Beiträge zur Sozialversicherung und zu privaten Versicherungen,
 - d) Rückzahlung von Schulden,
 - e) Vermögensbildung,
 - f) sonstige Zwecke.

Gemäß Abs. 2 erfassen die Erhebungen (EVS ebenso wie laufende, monatliche Wirtschaftsrechnungen) außerdem „Angaben über die Zusammensetzung der Haushalte und ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sowie über die Ausrüstung der Haushalte mit technischen Gebrauchsgütern, soweit diese Angaben für die Darstellung der Ergebnisse erforderlich sind.“

Die einzelnen Erhebungstatbestände, speziell die zuletzt genannten, wurden bereits in der Vergangenheit an die wirtschaftliche oder auch technische Entwicklung angepasst. Ein besonders schwieriger und sensibler Komplex ist die Ermittlung der Vermögensbestände. Bei den früheren Erhebungen wurden dazu Fragen über Sparvermögen, Bausparverträge, Wertpapierbesitz sowie Haus- und Grundbesitz gestellt. Damit konnte natürlich bei weitem nicht das gesamte Vermögen der privaten Haushalte abgebildet werden. Beispielsweise fehlten Guthaben auf Girokonten oder bei Lebensversicherungen; für den Haus- und Grundbesitz wurde lediglich der Einheitswert ermittelt, der in der Regel um ein Vielfaches unter dem tatsächlichen Wert liegt. Hier wurde mit der EVS 1993 trotz der nicht zu unterschätzenden Problematik bei der Erfassung ein Einstieg unternommen, der, wenn schon nicht eine Vervollständigung, so doch wenigstens eine Verbesserung der Datenlage zum Ziel hatte. U. a. wurden Kontenentwicklung und -bestände am Jahresende 1993 erfragt, ebenso auch — zusätzlich zum Einheitswert — der Verkehrswert des eventuell vorhandenen Haus- und Grundbesitzes sowie die Rückkaufwerte von Lebensversicherungen. Die Qualität der diesbezüglichen Ergebnisse war sicher noch immer nicht optimal, aber andererseits zumindest auf Bundesebene oder für die größeren Länder nicht so schlecht, dass man auf die entsprechenden Fragen 1998 hätte verzichten müssen. Vielmehr wurde durch eine verstärkte Aufklärung der Haushalte auf eine Steigerung der Aussagekraft hingearbeitet. Nachteilig wirkte sich im Jahr 1998 aber aus, dass die Fragen zum Geldvermögen an das Ende der — jeweils nur vierteljährlich zu führenden — Haushaltsbücher platziert wurden und somit kein einheitlicher Stichtag mehr für die Wertermittlung gegeben war. Dass es bei manchen Anlagearten ohnehin schwierig ist, ihren aktuellen Wert während des Jahres in Erfahrung zu bringen, sei nur am Rande vermerkt. Wegen dieser Problematik hat man sich entschlossen, die Angaben zu den Vermögensbeständen nun zu Beginn des Jahres 2003 mit einem gesonderten Formular als Anlage zum „Einführungsinterview“ zu erheben. Dadurch haben die Haushalte auch im Falle eines Interviewer-Einsatzes die Möglichkeit, diese besonders sensiblen Daten in Ruhe zu sammeln und direkt an das Statistische Landesamt zu senden.

Erhebungskonzept und -verfahren

Bevor also die Haushalte die zentralen Aufzeichnungen über Einnahmen und Ausgaben vorzunehmen haben, werden sie über ihre Zusammensetzung, demografische und sozioökonomische Daten, die Wohnsituation sowie die Ausstattung mit ausgewählten technischen Gebrauchsgütern befragt. Neu aufgenommen wurden in diesen Teil der Erhebung Fragen zur Nutzung einer Zweit- oder Ferienwohnung, während die Angaben zu Haus- oder Grundbesitz in die spezielle Anlage für Vermögensfragen integriert wurden.

Die zentralen Papiere der EVS bleiben jedoch die „Haushaltsbücher“. In sie waren früher von den teilnehmenden Haushalten für *jeden Monat* des Erhebungsjahres die Einnahmen und Ausgaben einzutragen. Zur Erleichterung für die Haushalte waren dabei *sämtliche* Ausgaben nur in einem einzigen, dem so genannten „Feinanschreibungsmonat“ aufzunehmen, während in den übrigen elf Monaten lediglich größere Ausgaben für vorgegebene Positionen zu notieren waren. Dieses Konzept wurde ab 1993 Zug um Zug umgestellt, um die Haushalte zu entlasten und dadurch die Teilnahmebereitschaft zu erhöhen. Wie schon 1998 sind auch im Jahr 2003 die Haushaltsbücher nur noch für einen Zeitraum von *drei Monaten*, und zwar jeweils für ein komplettes Quartal des Jahres, zu führen. Lediglich eine Unterstichprobe von einem Fünftel der Haushalte soll in einem gesonderten „Feinaufzeichnungsheft“ für *einen Monat* die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren detailliert mit Bezeichnung und Mengenangaben der einzelnen Artikel festhalten. Untergliedert ist dieses Heft in folgende Abschnitte:

- Nahrungsmittel,
- alkoholfreie Getränke,
- alkoholische Getränke,
- Tabakwaren,
- Sachentnahmen (von Landwirten/Selbstständigen) sowie
- Speisen und Getränke außer Haus.

Das Quartal für das Führen des Haushaltsbuchs und der Feinaufzeichnungsmonat der Unterstichprobe werden, um eine subjektive Wahl zu vermeiden und saisonale Schwankungen bei Käufen oder Dienstleistungen realistisch zu erfassen, vorab nach einem schichtenspezifischen Rotationsverfahren festgelegt.

Die monatlichen Einkommen und anderen Einnahmen sind im Haushaltsbuch überwiegend personenbezogen aufzuzeichnen, ebenso auch bestimmte Abzüge, Beiträge zur Sozialversicherung (einschl. zur privaten Kranken- oder Pflegeversicherung) und ausgewählte Steuern. Nur wenige Einnahmen, aber die weitaus meisten Ausgaben sind dagegen für den gesamten Haushalt in einer monatlichen Summe je Ausgabenart einzutragen, und zwar wiederum untergliedert in die folgenden Abschnitte:

- Wohnen und Energie,
- Verkehr,
- Nachrichtenübermittlung,
- Gesundheit und Körperpflege,
- Bekleidung und Schuhe,
- Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, Haushaltsführung,

4) Classification of Individual Consumption by Purpose/Household Budget Surveys = Klassifikation des Privaten Verbrauchs nach dem Verwendungszweck für die Erhebungen der Wirtschaftsrechnungen.

- Freizeit, Unterhaltung und Kultur,
- Gaststätten, Kantinen, Hotels, Pensionen,
- Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren,
- Unterrichtsdienstleistungen,
- sonstige Waren und Dienstleistungen,
- Versicherungsprämien.

Zudem werden Daten zu Ausgaben im Ausland, Bildung von Geldvermögen, Ratenzahlungen und Kreditaufnahme erhoben. Die einzelnen Abschnitte des Haushaltsbuchs sind — mit Ausnahme von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, deren detaillierter Nachweis dem genannten Feinaufzeichnungsheft vorbehalten ist — weiter unterteilt (siehe Muster von Seiten aus dem Haushaltsbuch) und werden in dieser tieferen Gliederungsstufe gemäß der COICOP/HBS⁴⁾ verschlüsselt. Eine besondere Schwierigkeit des gesamten Verfahrens der Buchführung, nämlich vor allem bei Haushalten mit mehreren Personen tatsächlich sämtliche Ausgaben zu erfassen, sei hier nur beiläufig erwähnt. Um den Haushalten dabei die Arbeit zu erleichtern, können sie bei Bedarf in so genannten „Sammelnotizheften“ laufend die Ausgaben für eine spätere Übernahme ins Haushaltsbuch vormerken.

Wegen der angestrebten Vergleichbarkeit mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen steht bei der Eintragung ins Haushaltsbuch die Marktentnahme, also Käufe und unterstellte Käufe, im Mittelpunkt des Erhebungskonzepts. Unterstellte Käufe sind zum Beispiel der Mietwert von Eigentümerwohnungen, Deputate oder Sachentnahmen aus dem eigenen Betrieb. Zu beachten ist weiterhin, dass die Käufe zu dem Zeitpunkt mit dem vollen Preis zu verbuchen sind, zu dem sie in die Verfügungsgewalt des einzelnen Haushalts übergehen. Die Zahlungsvorgänge, also beispielsweise Ratenzahlungen bei größeren Anschaffungen, spielen dabei zunächst keine Rolle. Die Monatsraten erscheinen in einem solchen Fall in den Haushaltsbüchern als Rückzahlung von Schulden.

Organisatorische Aspekte der EVS

Bei den Einkommens- und Verbrauchsstichproben ist auf Grund der gesetzlichen Vorgaben der Arbeitsschnitt zwischen Statistischem Bundesamt und Statistischen Landesämtern seit jeher noch ausgeprägter als sonst üblich, liegen doch auch die manuelle und die maschinelle Aufbereitung, wie beispielsweise das Verschlüsseln von Klartextangaben (jetzt nur noch bei der Feinaufzeichnung erforderlich) und das Erfassen sämtlicher Daten, weitgehend in den Händen des Bundes. Den Ländern obliegt dagegen insbesondere die Werbung der Haushalte und eventuell der Interviewer, die Datenerhebung und die gesamte technische Abwicklung bis zur Lieferung vorgeprüfter Interviews bzw. der entsprechenden Hefte sowie der Haushaltsbücher an das Statistische Bundesamt. Bei der Datenerfassung wird es diesmal insofern eine Neuerung geben, als zur weiteren Beschleunigung der

Auszüge aus dem Ausgabenteil des Haushaltsbuches

Kosten für Wohnen und Energie



Art der Ausgaben	Betrag in vollen Euro		
	1. Monat	2. Monat	3. Monat

L 1 Mieter/Untermieter

Miete für Hauptwohnung (einschl. Betriebskosten ohne Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	01			
Miete für dauernd gemietete Zweit- und Freizeitwohnungen (einschl. Betriebskosten ohne Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	02			
Untermiete für Haupt-, Zweit- und Freizeitwohnungen	03			
Dauermiete in Hotels, Gasthöfen und Pensionen	04			
Fehlbelegungsabgabe	05			
Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen	Material	06		
	Handwerker	07		

M

Verkehr



Art der Ausgaben			Betrag in vollen Euro		
			1. Monat	2. Monat	3. Monat
Kauf von	neuen Kraftfahrzeugen	01			
	gebrauchten Kraftfahrzeugen	02			
	Krafträdern	03			
	Fahrrädern	04			
Leasing von Kraftfahrzeugen und Krafträdern		05			
Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder		06			
Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder		07			
Kraftstoffe und Schmiermittel		08			
Wartungen und Reparaturen		09			

O

Gesundheit und Körperpflege



Art der Ausgaben			Betrag in vollen Euro		
			1. Monat	2. Monat	3. Monat
Pharmazeutische Erzeugnisse	ohne Eigenanteile und Rezeptgebühren	01			
	mit Eigenanteile und Rezeptgebühren	02			
Andere medizinische Erzeugnisse	ohne Eigenanteile und Rezeptgebühren	03			
	mit Eigenanteile und Rezeptgebühren	04			
Orthopädische Schuhe (einschl. Eigenanteile)		05			
Zahnersatz Materialkosten (einschl. Eigenanteile)		06			
Therapeutische Mittel und Geräte (einschl. Miet- und Eigenanteile)		07			
Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausstattungen (einschl. Eigenanteile)		08			
Arztbesuchen (einschl. Eigenanteile)		09			
Zahnarztbesuchen (einschl. Eigenanteile)		10			

R

Freizeit, Unterhaltung und Kultur



Art der Ausgaben			Betrag in vollen Euro		
			1. Monat	2. Monat	3. Monat
Rundfunkempfänger, Tonaufnahme- und Tonausgabegeräte		01			
Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen		02			
Rundfunk- und Fernsehgebühren		03			

Aufbereitungszeiten wenigstens die Daten des „Einführungsinterviews“ im Dialogverfahren von den Statistischen Landesämtern erfasst werden sollen. So können — neben der Verteilung der Lasten auf mehrere Schultern — zu diesem Zeitpunkt eventuell noch vorhandene Unstimmigkeiten leichter durch Rückfragen bei den Haushalten geklärt werden, denn die Adressen der Teilnehmer liegen lediglich bei den Landesämtern vor.

Verzicht auf Interviewer

In Hessen werden die rund 5500 Haushalte, von denen gut 1100 ein Feinaufzeichnungsheft für Nahrungs- und Genussmittel führen sollen, diesmal nicht von Interviewern betreut, sondern nach Zusendung der erforderlichen Unterlagen auf telefonischem Weg direkt durch Mitarbeiter des Hessischen Statistischen Landesamtes. Für diese Änderung waren überwiegend Kostengründe ausschlaggebend, nachdem zuletzt vor allem die Fahrtkosten der Interviewer stark angestiegen waren, weil beispielsweise Haushalte trotz Terminvereinbarungen nicht angetroffen wurden und mehrmals aufgesucht werden mussten. Neben der Problematik des schwierigen Antreffens bestimmter Haushaltsgruppen könnte bei einer rein postalischen Erhebung auch eine gewisse Hemmschwelle in der Auskunftsbereitschaft gegenüber Interviewern hinsichtlich der höchst sensiblen Themenbereiche abgebaut werden.

Die Werbung der erforderlichen Haushalte gestaltet sich trotz vielfältiger Maßnahmen bei bestimmten Teilgruppen erfahrungsgemäß recht schwierig. Dazu gehören insbesondere die Haushalte von Selbstständigen, Arbeitern oder auch „sonstigen“ Nichterwerbstätigen (Studenten, Erwerbslose) sowie Haushalte von alleinstehenden Berufstätigen. Die detaillierten Schichtvorgaben lassen sich in vielen Fällen nicht erfüllen, während vor allem bei Angestellten-Haushalten ein Überangebot besteht, sodass teilweise Absagen erteilt werden müssen. Die gegenüber den früheren EVS doch erhebliche Verkürzung des Anschreibzeitraums hat sich schon 1998 positiv auf die Beteiligungsquote ausgewirkt, vor allem war die Zahl von Haushalten, die während der Erhebung absprangen, rückläufig, auch wenn am Ende für das Haushaltsbuch in Hessen nur noch eine Beteiligungsquote von rund 75 % erreicht worden war. Bis Mitte November war das Gesamtsoll der EVS 2003 bereits zu gut vier Fünfteln erfüllt, sodass sich die Werbemaßnahmen nur noch gezielt auf die problematischen Gruppen richten. Dazu besteht ein Spielraum bis etwa Ende Januar 2003, weil die Daten für das Einführungsinterview noch zu diesem Termin in die Erhebung einfließen können, und andererseits das Führen von Haushaltsbuch und eventuell Feinaufzeichnungsheft auf einen späteren Zeitraum innerhalb des Jahres zu legen ist. Als *fi-*

nanzielle Anerkennung wird den Haushalten nach Ablieferung sämtlicher Unterlagen in Hessen eine Prämie von 60 Euro gezahlt. Haushalte, die sich an der Feinaufzeichnung beteiligen, erhalten dafür zusätzlich 15 Euro. Die früher übliche Verlosung von Geldpreisen entfällt dagegen. Ein nicht zu unterschätzender Gewinn dürfte es jedoch für viele an der EVS teilnehmende Haushalte sein, einmal im Detail zu sehen, wofür das monatliche Gesamtbudget ausgegeben wird.

Ergebnisse

Die zum Teil schon bei der EVS 1998 verwirklichten Änderungen stellten nicht nur den praktischen Einstieg in das neue Konzept der Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte dar, sondern entlasteten die Haushalte und die statistischen Ämter, wodurch sich Aufbereitung und Ergebniserstellung gegenüber früher beschleunigen ließen. Für die Erhebung des Jahres 2003 sind in diesem Bereich weitere Verbesserungen zu erwarten. Damit wäre einer der größten Mängel früherer Einkommens- und Verbrauchsstichproben behoben, nämlich die teilweise beträchtlichen Einbußen an Aktualität der Ergebnisse durch die langen Aufbereitungszeiten. Die hohe Komplexität und der große Umfang der gesamten Erhebung mit ihren vielfältigen Auswertungsmöglichkeiten bleiben zwar erhalten, doch können durch rationellere Organisation der Arbeitsabläufe die ersten Ergebnisse aus dem Einführungsinterview (einschl. der Fragen zum Vermögen) noch im Berichtsjahr vorgelegt werden. Für die Angaben aus den Haushaltsbüchern ist — wie schon 1998 — eine Halbjahresauswertung aus den beiden ersten Quartalen für Anfang 2004 vorgesehen. Sie wird auch die Basis für den dann auszuarbeitenden Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung sein, weil die Daten für das Gesamtjahr keinesfalls rechtzeitig für diesen Zweck vorliegen können. Problematisch ist dabei sicher eine Kumulierung oder Hochrechnung auf das gesamte Jahr, weil gerade ein großer Teil einmaliger Einkünfte, wie z. B. das Weihnachtsgeld, aber häufig auch das Urlaubsgeld, erst in der zweiten Jahreshälfte anfällt. Andererseits werden die Jahresabrechnungen für Energie- oder Wasserverbrauch meist in der ersten Jahreshälfte fällig, sodass nicht selten die Ausgabenbelastung in diesem Zeitraum höher sein dürfte als im Jahresdurchschnitt. Speziell auf Länderebene sollte also auf Teilaufbereitungen nur mit äußerster Vorsicht zurückgegriffen werden. Das heißt allerdings, dass man sich mit Auswertungen über Einnahmen und Ausgaben voraussichtlich bis zum Herbst 2004 wird gedulden müssen. Erst danach kann wohl die weitere Bearbeitung der Feinaufzeichnungshefte forciert werden. Diesbezügliche Ergebnisse sind demnach keinesfalls vor 2005 zu erwarten, was aber gegenüber den bisherigen Erfahrungen schon einen beträchtlichen Fortschritt bedeuten würde. □

Nettoverdienste im Handwerk preisbereinigt gesunken

Die Gesellen und übrigen Arbeiter¹⁾ in zehn ausgewählten Handwerkszweigen²⁾ in Hessen verdienten im Mai 2002 im Durchschnitt 12,66 Euro je Stunde. Das waren 1,8 % mehr als ein Jahr zuvor. Weil die im Durchschnitt bezahlte Wochenarbeitszeit in dieser Zeit um 0,1 Stunden auf 38,9 Stunden gesunken ist (bereits seit 1993 schwankt sie um die 39-Stunden-Marke), ist der entsprechende Bruttomonatsverdienst nicht so stark gestiegen. Binnen Jahresfrist nahm er nur um 1,3 % auf 2137 Euro zu. Sein Anstieg war damit zwar niedriger als im Mai 2001 (+ 2,2 %), aber höher als im Mai 2000 (+ 0,8 %) und Mai 1999 (+ 0,7 %). Modellrechnungen zeigen, dass bei einer solchen Zunahme des Bruttoverdienstes der preisbereinigte Nettoverdienst zurückgegangen ist. Schon die Verbraucherpreise³⁾ waren im Mai 2002 um 1,2 % höher als ein Jahr zuvor.

verdienten im Mai 2002 im Durchschnitt 2167 Euro brutto je Monat; die übrigen Arbeiter mit 1908 Euro 12 % weniger.

Im Einzelnen ist der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Klempner von Mai 2001 bis Mai 2002 um 6,8 % gestiegen. Es folgten die Fleischer sowie die Zentralheizungs- und Lüftungsbauer mit jeweils 3,8 %, die Kfz-Mechaniker mit 3,7 % und die Gas- und Wasserinstallateure mit 2,5 %. Wegen dieser überdurchschnittlichen Zunahmen war für die genannten Handwerkszweige im Gegensatz zur Gesamtentwicklung auch netto und real ein Verdienstanstieg zu verzeichnen. Demgegenüber ging für Metallbauer der Bruttomonatsverdienst um 3,1 % und für Elektroinstallateure um 0,2 % zurück. Für die Bäcker nahm er nur um 0,2 % und für die Tischler um 0,8 % zu.

Nicht nur die Entwicklung, sondern auch das Niveau der Verdienste ist zwischen den erfassten Handwerkszweigen unterschiedlich. Das gleiche gilt für die Arbeitszeit. Der Bruttomonatsverdienst lag im Mai 2002 für die Gas- und Wasserinstallateure mit 2276 Euro am höchsten und für die Fleischer trotz einer überdurchschnittlich langen Wochenarbeitszeit

Durchschnittliche Arbeitszeiten und Bruttoverdienste der Arbeiter¹⁾ in ausgewählten Handwerkszweigen im Mai 2002

Gewerbezweig ²⁾	Bezahlte Wochenarbeitszeit	darunter Mehrarbeit je Woche	Bruttoverdienste in Euro		Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber Mai 2001 in %	
	Stunden		je Stunde	je Monat	Bruttostundenverdienst	Bruttomonatsverdienst
Gas- und Wasserinstallateure	38,5	0,7	13,62	2 276	2,8	2,5
Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	38,8	1,1	13,32	2 246	3,4	3,8
Klempner	38,2	0,3	13,27	2 203	6,8	6,8
Maler und Lackierer	39,2	0,2	13,09	2 231	1,5	1,7
Kraftfahrzeugmechaniker	37,6	0,3	12,98	2 118	4,0	3,7
Metallbauer	38,9	1,3	12,66	2 141	- 0,0	- 3,1
Tischler	39,2	0,7	12,61	2 147	1,4	0,8
Elektroinstallateure	38,7	1,4	12,10	2 037	0,1	- 0,2
Bäcker	40,1	1,7	11,42	1 989	1,4	0,2
Fleischer	39,4	0,3	11,26	1 928	3,2	3,8
A l l e erfassten Gewerbezweige	38,9	0,8	12,66	2 137	1,8	1,3

1) Jeweils Männer und Frauen zusammen. — 2) Geordnet nach der Höhe des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes.

Die Gesellen der jeweiligen handwerklichen Fachrichtung

(39,4 Stunden) mit 1928 Euro am niedrigsten. Schon seit 1987 liegen die Fleischer am Ende der Verdienstskaala. Die im Durchschnitt bezahlte Wochenarbeitszeit bewegte sich im Mai 2002 zwischen 37,6 Stunden bei den Kfz-Mechanikern und 40,1 Stunden bei den Bäckern. Gegenüber Mai 2001 ist sie für die Bäcker damit zwar um eine halbe Stunde gesunken, blieb aber um 0,3 Stunden über dem im Mai 2000 erreichten Wert.

Theo Hefner*)

*) Tel.: 0611/3802-635 · E-Mail: thefner@hsl.de

1) Jeweils Männer und Frauen zusammen. Über 96 % der Erfassten waren allerdings Männer. Die Frauen konzentrierten sich in den erfassten Handwerkszweigen „Bäcker“ und „Fleischer“. Die Männer kamen auf einen durchschnittlichen Bruttoverdienst von 12,77 Euro je Stunde und 2154 Euro je Monat, bei den Frauen waren es 9,92 Euro bzw. 1683 Euro.

2) Maler und Lackierer, Metallbauer, Kraftfahrzeugmechaniker, Klempner, Gas- und Wasserinstallateure, Zentralheizungs- und Lüftungsbauer, Elektroinstallateure, Tischler, Bäcker und Fleischer.

3) Gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen.

Korrektur zu Staat und Wirtschaft in Hessen, Heft 9/2002

Im Beitrag „Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2001, Teil 2: Regionale Besonderheiten und Kostenbelastung der Träger“ wurde bei den reinen Ausgaben für die Sozialhilfe des Jahres 2001 insgesamt in der Kreistabelle für den *Main-Kinzig-Kreis* eine Steigerungsrate von knapp 12 % ausgewiesen und im Text als auffallend erwähnt. Seitens des Kreises war allerdings im April 2002 im Zusammenhang mit dem Sozialhilfelastenausgleich des Landes eine Korrektur der Ausgaben des Jahres 2000 gemeldet worden, die jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht mehr in das Statistikergebnis einfließen konnte. Unter Berücksichtigung der neuen Beträge ergibt sich für den *Main-Kinzig-Kreis* somit für das Jahr 2001 nur noch eine Kostensteigerung um 4,5 % (statt 11,8 %), während im Rückblick auf das Jahr 2000 daraus eine Steigerung gegenüber 1999 um 3,8 % statt einer Abnahme um 3,1 % resultiert.

Heinz-Kurt Rompel

Hebesätze der Realsteuern

Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Veröffentlichung „**Hebesätze der Realsteuern**“ enthält für alle Gemeinden und Städte Deutschlands die Hebesätze der

- ◆ Grundsteuer A
- ◆ Grundsteuer B
- ◆ Gewerbesteuer



Diskette: Format: Excel 5.0/95

Außerdem enthält die Diskette die Einwohnerzahlen, um die Möglichkeit der Bildung von Einwohnergrößenklassen zu schaffen. Die Hebesätze sind entweder für alle Gemeinden Deutschlands oder gezielt für die Gemeinden einzelner Bundesländer abrufbar.

Die Hebesätze werden von den kommunalen Körperschaften zur Festsetzung der durch den Steuerpflichtigen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A), für sonstige Grundstücke (Grundsteuer B) bzw. als Gewerbetreibender (Gewerbesteuer) zu entrichtenden Steuer autonom bestimmt.

„**Hebesätze der Realsteuern**“ ist gemeinsam erstellt von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

W-115



**Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden**

Telefon: 0611 3802-951
E-Mail: vertrieb@hsl.de

Fax: 0611 3802-992
Internet: www.hsl.de

- In den ersten elf Monaten des Jahres 2002 zählten die **Beherbergungsbetriebe** mit neun oder mehr Betten in Hessen 9 Mill. Ankünfte und 23,1 Mill. Übernachtungen. Dies waren fast 2 % weniger Gäste und 4 % weniger Übernachtungen als im gleichen Zeitraum des Jahres 2001. Etwas besser schnitten die hessischen Heilbäder ab: Dort sank die Zahl der Ankünfte zwar ebenfalls, und zwar um annähernd 2 %, aber die Übernachtungen gingen im Vergleichszeitraum „nur“ um 3 % zurück. Insgesamt konnten die hessischen Heilbäder 1,2 Mill. Übernachtungsgäste begrüßen, die zusammen 7,1 Mill. Übernachtungen buchten. Etwas Rückenwind verspürten wieder die Vorsorge- und Reha-Kliniken. Dort nächtigten 199 000 Gäste; das waren kaum weniger als von Januar bis November 2001. Die Zahl der Übernachtungen war im Vergleichszeitraum aber stärker rückläufig. Sie sank um knapp 3 % auf 4,7 Mill..

- Die am **Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte** in Hessen gemessenen Verbraucherpreise waren im Januar 2003 um 1,0 % höher als ein Jahr zuvor. Die entsprechende Teuerungsrate hatte im Dezember 1,3 % und im November 1,2 % betragen. Obst war im Januar um 4,4 %, Salat und Gemüse (einschl. Kartoffeln) um 17,9 % billiger als ein Jahr zuvor. Damals waren ihre Preise aber besonders hoch gewesen. Ohne diese Nahrungsmittel sowie ohne Fisch wäre die Gesamtlebenshaltung im Januar 2003 um 1,3 % teurer gewesen als vor Jahresfrist. Aber auch Fleisch und Fleischwaren wurden binnen Jahresfrist um 1,6 %, Vollmilch um 2,4 % und Butter um 5,8 % billiger. Insgesamt waren die Nahrungsmittelpreise damit um 2,7 % niedriger als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig gingen die Preise für Kleidung und Schuhe binnen Jahresfrist um 3,2 % zurück. Andererseits war Heizöl im Januar um 18,9 % teurer; bei den Kraftstoffen betrug die Teuerung 15,8 %. Ohne Berücksichtigung dieser beiden Mineralölprodukte wäre der Preisindex nur um 0,3 % höher gewesen als ein Jahr zuvor. Ein so niedriger Wert war zuletzt im September 1999 erreicht worden. Im kurzfristigen Vergleich, also von Dezember 2002 auf Januar 2003, stiegen die Verbraucherpreise im Durchschnitt um 0,8 %. Wie schon vor einem Jahr haben sie damit zum Jahreswechsel besonders stark zugenommen. Anders als im Jahresvergleich haben sich auch die saisonabhängigen Nahrungsmittel binnen Monatsfrist verteuert. Im Januar war Obst um 5,9 %, Salat und Gemüse (einschl. Kartoffeln) um 6,2 % teurer als im Dezember. Die Preise für Beeren und Weintrauben nahmen dabei binnen Monatsfrist um 31,7 % und die für Kopfsalat und Lauch um 37,9 % zu. Starke Preiserhöhungen gegenüber dem Vormonat waren auch für Energie zu verzeichnen. Kraftstoffe waren im Januar um 9,0 %, Strom um 5,2 %, Heizöl um 4,4 % und Gas um 3,8 %

teurer als im Dezember. Demgegenüber sanken die Preise für Kaffee gegenüber dem Vormonat um 4,5 %, für Pauschalreisen um 2,1 %, für Butter um 2,0 % sowie für Kleidung und Schuhe um 1,6 %.

- In den ersten elf Monaten des Jahres 2002 verloren 463 Menschen durch **Verkehrsunfälle** auf Hessens Straßen ihr Leben. Das waren 20 Getötete oder 4 % weniger als von Januar bis November des Jahres 2001. Es kam in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres insgesamt zu 24 700 Unfällen, bei denen Menschen verletzt wurden. Das waren annähernd 2 % weniger als im Jahr 2001. Neben den Getöteten wurden noch 33 100 Personen verletzt, fast 2 % weniger als vor einem Jahr. Dabei sank die Zahl der Schwerverletzten im Vergleichszeitraum um annähernd 2 % auf 5800, auch die Zahl der Leichtverletzten nahm um knapp 2 % auf 27 200 ab. Da in der Vergangenheit im Dezember die Zahl der Verkehrstoten bei etwa 50 Personen lag, ist für das gesamte Jahr 2002 mit etwas über 500 bei Straßenverkehrsunfällen Getöteten zu rechnen.

- Vor dem Hintergrund der schwachen Steuereinnahmen entwickelten sich die **Gesamtausgaben** der hessischen **Gemeinden** und **Gemeindeverbände** in den ersten neun Monaten des Jahres 2002 nur zurückhaltend. Mit insgesamt knapp 14,2 Mrd. Euro blieben sie um 352 Mill. Euro oder um 2,4 % hinter dem vergleichbaren Vorjahreswert zurück. Die Daten der Vierteljährlichen Kassenstatistik zeigen, dass allerdings nur die Gesamtausgaben der Verwaltungshaushalte rückläufig waren. Während hier die Ausgabensumme um 440 Mill. Euro oder 3,6 % auf 11,8 Mrd. Euro zurückging, nahmen die Gesamtausgaben der Vermögenshaushalte um 88 Mill. Euro oder 3,9 % auf knapp 2,4 Mrd. Euro zu. In den Verwaltungshaushalten sanken die Ausgaben für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand um 163 Mill. Euro oder 6 % auf 2,45 Mrd. Euro, während die Personalausgaben um 100 Mill. Euro oder 4,4 % auf 2,40 Mrd. Euro und die Sozial- und Jugendhilfeausgaben um 64 Mill. Euro oder 3,2 % auf 2,08 Mrd. Euro am deutlichsten anzogen. Für die Steigerung der Ausgaben der Vermögenshaushalte waren insbesondere gegenüber dem Vorjahreszeitraum forcierte Kredittilgungen ausschlaggebend. So wurden mit 378 Mill. Euro knapp 95 Mill. Euro oder ein Drittel mehr als in den ersten neun Monaten des Jahres 2001 zur ordentlichen Kredittilgung aufgewendet. Zudem gaben die hessischen Kommunen ihre Zurückhaltung bei den investiven Ausgaben (Vermögenserwerb und Ausgaben für Baumaßnahmen) im dritten Quartal des Jahres 2002 etwas auf. Mit rund 1,26 Mrd. Euro investierten sie immerhin 26 Mill. Euro (+ 2,1 %) mehr als in den ersten neun Monaten des noch deutlich einnahmestärkeren Jahres 2001. Zur Jahresmitte hatten sie erst 760 Mill. Euro und damit noch 11 Mill. Euro (- 1,4 %) weniger als im ersten Halbjahr 2001 investiert.

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 1995 = 100			Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾	Preis- index für die Lebenshaltung ⁶⁾	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslose ⁹⁾	Offene Stellen ⁸⁾	Kurz- arbeit (Personen) 10)	
	Ins- gesamt	Inland	Ausland									Beschäftigte
				1995 = 100	2000 = 100							
Grundzahlen ¹¹⁾												
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 707	86,6	37 865	.	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	85,1	35 786	.	107,0	214 675	8,1	37 527	5 156
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	81,4	33 213	98,8	109,3	200 533	7,4	37 692	7 822
2001 3. Vj. D	101,1	92,7	116,7	460 735	96,0	33 565	93,2	109,9
Oktober	102,6	93,8	118,8	458 130	64,2	33 341	101,0	109,3	195 656	7,1	32 366	7 461
November	103,7	94,6	120,4	455 804	72,1	32 618	105,7	109,2	198 272	7,2	30 008	10 015
Dezember	97,8	85,6	120,3	452 949	64,0	32 049	107,5	109,2	207 134	7,6	29 674	19 108
4. Vj. D	101,4	91,3	119,8	455 628	66,8	32 689	104,7	109,2
2002 Januar	95,6	85,9	113,6	449 352	49,0	31 114	87,3	110,4	223 585	8,2	32 491	21 481
Februar	93,7	81,4	116,3	448 065	53,7	30 689	86,0	110,7	222 908	8,1	36 988	25 716
März	99,8	89,0	119,7	446 770	86,9	30 701	105,1	110,9	215 942	7,9	38 957	25 741
1. Vj. D	96,4	85,4	116,5	448 069	63,2	30 835	92,8	110,7
April	103,4	91,3	125,8	444 914	81,1	31 075	103,0	110,9	211 836	7,7	37 906	24 566
Mai	103,5	86,1	135,4	443 855	70,3	30 914	95,3	110,9	209 604	7,6	34 658	13 675
Juni	101,7	87,3	128,1	443 552	96,2	30 422	92,5	110,8	209 772	7,6	32 843	12 680
2. Vj. D	102,9	88,2	129,6	444 107	82,5	30 804	96,9	110,9
Juli	106,9	94,7	129,2	445 106	72,0	30 118	94,8	111,2	214 374	7,8	30 243	7 987
August	96,4	87,2	113,4	445 420	75,9	30 567	89,4	111,0	210 290	7,6	28 660	8 876
September	101,8	88,0	127,4	444 496	71,2	30 649	92,4	111,0	207 551	7,5	27 021	9 389
3. Vj. D	101,7	90,0	123,3	445 007	73,0	30 445	92,2	111,1
Oktober	105,8	93,9	127,6	441 499	71,6	30 719	...	110,9	208 750	7,6	25 519	10 585
November	103,5	90,0	128,4	439 559	63,8	30 631	...	110,5	213 579	7,8	24 780	11 434
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,6	- 1,1	4,2	- 6,5	.	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	- 1,7	- 5,5	.	1,9	- 10,2	.	22,4	- 19,4
2001 D	- 2,2	- 3,2	- 0,8	- 0,2	- 4,4	- 7,2	.	2,1	- 6,7	.	0,4	51,7
2001 3. Vj.	- 4,8	- 6,6	- 2,0	- 0,1	0,1	- 6,4	.	2,2
Oktober	- 5,2	- 2,8	- 8,5	- 0,7	- 25,0	- 7,6	.	1,7	- 0,4	.	- 9,5	56,0
November	- 5,7	- 5,3	- 6,4	- 1,1	- 5,1	- 8,7	.	1,4	1,6	.	- 14,1	121,7
Dezember	- 1,7	- 5,1	3,1	- 1,3	- 16,0	- 8,2	.	1,5	3,4	.	- 15,2	322,5
4. Vj.	- 4,2	- 4,4	- 4,2	- 1,0	- 15,8	- 8,2	.	1,5
2002 Januar	- 7,4	- 8,0	- 6,3	- 1,9	- 24,2	- 7,5	- 4,6	2,1	5,6	.	- 13,7	251,1
Februar	- 11,0	- 9,7	- 12,6	- 2,2	- 14,1	- 7,7	- 5,6	1,7	5,8	.	- 10,9	205,0
März	- 14,2	- 18,0	- 8,3	- 2,7	8,0	- 7,5	- 4,1	1,8	5,7	.	- 9,7	215,5
1. Vj.	- 11,0	- 12,2	- 9,2	- 2,3	- 8,7	- 7,6	- 4,7	1,9
April	7,8	2,5	15,9	- 2,9	6,6	- 7,0	2,2	1,6	5,5	.	- 11,6	248,5
Mai	0,0	- 8,9	12,7	- 3,2	- 32,4	- 6,7	- 7,7	1,2	7,9	.	- 16,2	111,6
Juni	- 1,3	- 4,0	2,4	- 3,6	- 4,4	- 8,4	- 3,3	0,9	5,9	.	- 16,7	129,4
2. Vj.	2,1	- 3,6	10,1	- 3,2	- 11,9	- 7,4	- 3,0	1,3
Juli	4,2	2,8	5,9	- 3,3	3,3	- 9,5	1,2	1,2	7,8	.	- 19,5	66,5
August	- 3,7	- 7,6	2,6	- 3,4	- 30,3	- 9,5	- 4,8	1,1	7,4	.	- 24,0	81,4
September	1,1	- 3,8	8,2	- 3,5	- 34,9	- 8,8	0,4	1,0	7,0	.	- 25,5	60,8
3. Vj.	0,6	- 2,9	5,7	- 3,4	- 24,0	- 9,3	- 1,1	1,1
Oktober	3,1	0,1	7,4	- 3,6	11,6	- 7,9	...	1,5	6,7	.	- 21,2	41,9
November	- 0,2	- 4,9	6,6	- 3,6	- 11,5	- 6,1	...	1,2	7,7	.	- 17,4	14,2
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2001 3. Vj.	0,3	1,3	- 1,0	0,4	2,6	0,9	- 6,7	0,4
Oktober	1,9	2,5	0,9	- 0,5	- 41,4	- 0,8	9,8	- 0,5	0,8	.	- 10,8	27,8
November	1,1	0,9	1,3	- 0,5	12,4	- 2,2	4,7	- 0,1	1,3	.	- 7,3	34,2
Dezember	- 5,7	- 9,5	- 0,1	- 0,6	- 11,2	- 1,7	1,7	0,0	4,5	.	- 1,1	90,8
4. Vj.	0,3	- 1,5	2,7	- 1,1	- 30,4	- 2,7	12,3	- 0,6
2002 Januar	- 2,2	0,4	- 5,6	- 0,8	- 23,5	- 2,9	- 18,8	1,1	7,9	.	9,5	12,4
Februar	- 2,0	- 5,2	2,4	- 0,3	9,6	- 1,4	- 1,5	0,3	- 0,3	.	13,8	19,7
März	6,5	9,3	2,9	- 0,3	61,8	0,0	22,2	0,2	- 3,1	.	5,3	0,1
1. Vj.	- 4,9	- 6,5	- 2,8	- 1,7	- 5,4	- 5,6	- 11,4	1,4
April	3,6	2,6	5,1	- 0,4	- 6,6	1,2	- 2,0	0,0	- 1,9	.	- 2,7	- 4,6
Mai	0,1	- 5,7	7,6	- 0,2	- 13,3	- 0,5	- 7,5	0,0	- 1,1	.	- 8,6	- 44,3
Juni	- 1,7	1,4	- 5,4	- 0,1	36,8	- 1,6	- 2,9	- 0,1	0,1	.	- 5,2	- 7,3
2. Vj.	6,7	3,2	11,4	- 0,9	30,5	- 0,1	4,4	0,2
Juli	5,1	8,5	0,9	0,4	- 25,2	- 1,0	2,5	0,4	2,2	.	- 7,9	- 37,0
August	- 9,8	- 7,9	- 12,2	0,1	5,5	1,5	- 5,7	- 0,2	- 1,9	.	- 5,2	11,1
September	5,6	0,9	12,3	- 0,2	- 6,2	0,3	3,4	0,0	- 1,3	.	- 5,7	5,8
3. Vj.	- 1,2	2,0	- 5,0	0,2	- 11,5	- 1,2	- 4,9	0,2
Oktober	3,9	6,7	0,2	- 0,7	0,5	0,2	...	- 0,1	0,6	.	- 5,6	12,7
November	- 2,2	- 4,2	0,6	- 0,4	- 10,9	- 0,3	...	- 0,4	2,3	.	- 2,9	8,0

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2001			2002			
		Durchschnitt		Mal	Juni	Juli	April	Mal	Juni	Juli
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 068,1 ¹⁾	6 077,8 ¹⁾	6 072,4	6 072,2	6 073,7	6 080,8	6 082,5	6 083,6	6 086,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 718	2 486	3 277	3 529	2 826	1 785	3 677	3 261	2 855
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	-	5,4	4,9	6,4	7,1	5,5	3,6	7,1	6,5	5,5
* Lebendgeborene	-	4 901	4 686	5 001	4 603	5 006	4 843	4 406	4 558	5 285
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	-	9,7	9,3	9,7	9,2	9,7	9,7	8,5	9,1	10,2
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	-	5 029	4 948	5 244	4 317	5 140	5 519	4 852	4 696	4 937
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	-	10,0	9,8	10,2	8,6	10,0	11,0	9,4	9,4	9,6
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	-	21	19	23	11	17	23	19	23	24
auf 1000 Lebendgeborene	-	4,4	4,2	4,6	2,4	3,4	4,7	4,3	5,0	4,5
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	-	- 127	- 262	- 243	286	- 134	- 676	- 446	- 140	348
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	-	- 0,3	- 0,5	- 0,5	0,6	- 0,3	- 1,4	- 0,9	- 0,3	0,7
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 134	14 598	13 983	12 869	17 793	13 983	12 256	12 696	16 902
darunter aus dem Ausland	-	6 178	6 442	6 398	5 704	7 429	6 296	5 512	5 841	7 209
* Fortzüge über die Landesgrenzen	-	12 659	13 528	11 877	13 345	16 096	11 637	10 070	11 459	14 829
darunter in das Ausland	-	5 572	6 209	5 745	6 122	7 657	4 798	4 123	4 857	6 130
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	-	1 474	1 070	2 106	- 476	1 697	2 346	2 186	1 237	2 073
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	-	18 349	17 943	17 304	16 228	20 110	18 008	15 783	16 172	21 129
		2001	2002	2001			2002			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
ARBEITSMARKT³⁾										
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	200 533	213 583	195 656	198 272	207 134	207 551	208 750	213 579	222 481
und zwar Frauen	-	89 647	91 432	88 527	88 540	90 177	89 971	90 492	91 551	93 344
Männer	-	110 886	122 151	107 129	109 732	116 957	117 580	118 258	122 028	129 137
Ausländer	-	42 684	45 295	42 737	43 735	45 495	43 634	44 289	45 539	46 985
Jüngere unter 25 Jahren	-	22 023	25 479	21 554	21 635	23 170	25 330	23 615	24 084	24 863
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	7,4	7,8	7,1	7,2	7,6	7,5	7,6	7,8	8,1
und zwar der Frauen	-	7,1	7,1	6,9	6,9	7,1	7,0	7,0	7,1	7,2
Männer	-	7,6	8,4	7,3	7,5	8,0	8,0	8,1	8,3	8,8
Ausländer	-	14,2	15,2	14,5	14,8	15,4	14,6	14,8	15,2	15,7
Jüngere unter 25 Jahren	-	6,5	7,0	6,1	6,1	6,6	6,9	6,4	6,6	6,8
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 822	15 297	7 461	10 015	19 108	9 389	10 585	11 434	11 128
* Gemeldete Stellen am Monatsende	-	37 692	31 376	32 366	30 008	29 674	27 021	25 519	24 780	23 211
		2000	2001	2000			2001			
		30.6.		März	Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März
ERWERBSTÄTIGKEIT⁵⁾⁶⁾										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ^{7) 8)}	1000	2 174,7	2 203,3	2 169,4	2 216,7	2 213,1	2 207,3	2 240,4	2 223,5	2 203,5
und zwar Frauen	-	934,5	952,2	938,1	954,1	955,8	957,0	970,2	968,0	964,9
Ausländer	-	223,3	228,5	220,9	231,0	230,4	229,3	231,9	228,9	227,3
Teilzeitbeschäftigte	-	321,7	337,9	318,7	325,6	331,0	334,5	341,8	345,2	348,2
darunter Frauen	-	274,5	284,9	273,0	277,1	279,8	282,4	287,8	289,7	292,3
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁷⁾										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-	13,9	13,8	13,3	14,1	12,5	12,8	14,1	12,5	13,1
darunter Frauen	-	3,7	3,7	3,7	3,8	3,5	3,6	3,8	3,4	3,6
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	-	548,9	545,8	548,9	555,0	552,5	549,9	551,2	545,8	537,7
darunter Frauen	-	139,9	140,0	140,4	141,9	141,0	141,0	140,8	138,9	137,4
* Baugewerbe	-	125,2	120,4	123,6	127,9	122,4	117,9	123,5	116,8	112,0
darunter Frauen	-	15,2	14,7	15,4	15,4	15,1	14,9	14,9	14,7	14,4
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	-	554,2	562,5	551,5	566,0	567,3	562,7	571,7	566,6	560,4
darunter Frauen	-	244,2	248,4	244,0	249,1	250,0	248,5	252,9	251,2	249,1
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	-	442,0	465,5	435,7	454,0	456,6	464,6	475,3	473,4	472,5
darunter Frauen	-	201,9	211,9	200,2	207,8	208,7	212,2	216,9	216,2	216,1
* Öffentliche und private Dienstleister	-	489,8	494,2	495,6	498,7	500,6	498,4	504,4	507,9	507,4
darunter Frauen	-	329,3	333,2	334,1	335,7	337,0	336,4	340,7	343,3	344,1

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Datenstand: Für 30.06.2000: November 2001; für 30.09.2000 bis 30.09.2001: Mai 2002; für 31.12.2001: Juni 2002; für 31.03.2002: Oktober 2002. — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2001			2002			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen¹⁾:										
Rinder	Anzahl	7 302	6 299	5 989	7 724	10 732	5 236	5 246	8 690	9 530
Kälber	"	350	224	160	266	341	217	240	286	326
Schweine	"	102 959	95 275	86 903	103 507	105 941	81 062	78 269	90 227	88 299
darunter hausgeschlachtet	"	7 765	7 524	4 261	7 668	14 083	1 827	2 716	6 469	11 247
Schlachtmengen²⁾:										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	11 148	10 351	9 840	11 554	11 942	9 536	9 054	10 766	10 297
darunter von										
* Rindern (ohne Kälber)	"	2 032	1 679	1 764	1 996	2 521	1 574	1 526	2 325	2 395
* Kälbern	"	33	20	15	25	32	15	22	29	25
* Schweinen	"	8 686	8 103	7 549	8 903	8 609	7 332	6 997	7 841	7 263
Geflügel:										
* Geflügelfleisch ³⁾	"
* Erzeugte Konsumeler ⁴⁾	1000 St.	31 856	31 198	26 992	28 862	33 578	29 156	26 455	29 716	25 933
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	84 688	87 754	83 383	85 962	83 110	83 937	79 355	79 071	77 309
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	80 642	83 707	79 154	81 592	78 881	80 269	75 805	75 403	73 759
		15,8	18,2	17,6	17,5	17,5	16,5	16,1	15,5	15,7
VERARBEITENDES GEWERBE⁵⁾										
* Betriebe	Anzahl	3 295	3 289	3 275	3 267	3 264	3 189	3 181	3 165	3 151
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	459,5	458,5	460,7	458,1	455,8	445,2	444,5	441,5	440,0
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	271,1	269,6	270,5	268,9	267,0	260,8	259,8	258,0	256,4
* Geleistete Arbeitsstunden	"	34 952	34 156	33 895	35 910	36 091	31 934	32 759	33 777	33 467
* Brutto Lohnsumme	Miil. EUR	660,8	667,4	631,5	667,3	632,0	633,3	621,2	648,3	601,5
* Bruttogehaltssumme	"	739,6	754,1	705,7	703,8	963,0	711,8	711,5	721,8	942,3
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 864,5	6 976,7	7 090,0	7 421,9	7 466,9	6 651,2	7 541,1	7 333,9	7 387,8
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten	"	2 993,6	3 002,0	3 005,4	3 172,2	3 088,7	2 908,4	3 182,8	3 232,7	3 099,5
* Investitionsgüterproduzenten	"	2 170,0	2 184,3	2 312,3	2 378,8	2 537,4	2 017,6	2 522,1	2 245,9	2 395,0
* Gebrauchsgüterproduzenten	"	225,5	256,0	285,9	266,6	291,1	222,7	317,5	251,0	269,6
* Verbrauchsgüterproduzenten	"	1 475,5	1 534,4	1 486,5	1 604,3	1 549,8	1 502,4	1 518,6	1 604,4	1 623,6
* darunter Auslandsumsatz	"	2 564,7	2 621,9	2 630,3	2 724,5	2 663,5	2 535,0	2 990,7	2 826,2	3 003,3
Exportquote ⁶⁾	%	37,4	37,6	37,1	36,7	35,7	38,1	39,7	38,5	40,6
Volumenindex des Auftragsleistungsindex⁷⁾										
Insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	6,7	- 2,2	- 10,8	- 5,2	- 5,7	- 3,7	1,1	3,1	- 0,2
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	5,6	- 1,9	- 4,0	- 3,3	- 3,3	- 3,7	2,1	4,7	2,3
Investitionsgüterproduzenten	"	9,2	- 3,6	- 18,3	- 10,1	- 8,9	- 0,7	- 3,3	3,2	- 5,8
Gebrauchsgüterproduzenten	"	10,5	- 10,6	- 22,3	- 12,6	- 20,8	- 5,9	7,5	- 11,9	2,8
Verbrauchsgüterproduzenten	"	2,9	5,4	- 14,6	4,7	- 2,3	- 11,9	8,0	- 0,7	6,1
Volumenindex des Auftragsleistungsindex nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	6,7	2,2	- 7,6	4,1	4,2	- 7,5	0,0	- 1,1	0,6
Maschinenbau	"	15,8	- 9,4	- 15,0	- 16,8	- 11,8	- 7,9	- 9,4	6,3	- 4,6
Kraftwagen und -teile	"	- 9,3	4,2	- 3,2	- 0,3	0,3	27,3	14,5	9,7	6,0
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	5,5	- 3,4	- 3,9	- 4,7	- 3,4	- 13,5	- 8,6	- 5,9	- 10,4
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe ⁹⁾	Anzahl	93	95	95	95	95	95	95	95	95
* Beschäftigte ⁹⁾	"	19 131	18 366	18 467	18 462	18 500	18 168	18 211	18 189	18 173
* darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	8 704	7 826	7 821	7 773	7 782	7 186	7 221	7 179	7 148
* Geleistete Arbeitsstunden ⁹⁾¹⁰⁾	1000 h	1 109	991	966	1 031	1 067	2 250	2 254	2 356	2 357
* Brutto Lohnsumme	Miil. EUR	24,3	23,2	20,4	21,2	34,2	18,5	18,6	20,2	30,9
* Bruttogehaltssumme	"	36,5	39,0	35,3	38,1	61,1	37,8	37,8	40,5	58,3
* Stromerzeugung (brutto)	Miil. kWh	2 128,5	2 467,8	1 895,0	1 980,6	2 307,8

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischer Geflügel in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 4) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Jungennen-, Bruch- und Knickeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendemontlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 10) Bis Dezember 2001: geleistete Arbeiterstunden; ab Januar 2002: tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000		2001			2002			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
HANDWERK										
* Beschäftigte	1996 – 100	93,0	90,6	91,0	91,0	.	.	86,8	.	.
* Umsatz	"	103,0	101,9	104,6	104,6	.	.	99,9	.	.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter	1000	60,7	58,0	58,2	59,4	58,3	54,4	54,6	55,6	55,5
Facharbeiter ²⁾	"	32,0	30,1	30,3	30,8	30,1	28,2	28,3	29,1	28,9
Fachwerker und Werker	"	9,5	9,0	9,0	9,1	9,0	8,3	8,3	8,4	8,5
gewerblich Auszubildende	"	2,9	2,7	2,7	2,9	2,8	2,5	2,5	2,6	2,6
* Geleistete Arbeitsstunden darunter	1000 h	5 756	5 381	5 666	6 537	5 990	5 501	5 615	5 906	5 472
Wohnungsbau	"	2 214	2 037	2 086	2 454	2 273	2 073	2 150	2 321	2 077
gewerblicher Bau	"	1 716	1 581	1 643	1 928	1 735	1 502	1 526	1 636	1 575
öffentlicher und Straßenbau	"	1 798	1 730	1 898	2 116	1 943	1 903	1 916	1 915	1 790
* Bruttolohnsomme	Mill. EUR	96,2	90,8	86,9	99,4	108,3	89,8	87,3	94,1	102,7
* Bruttogehaltssomme	"	40,0	38,3	37,0	37,5	46,5	36,6	36,3	35,9	45,7
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) darunter	"	511,9	512,8	543,9	578,8	643,6	527,4	538,6	597,4	598,3
Wohnungsbau	"	156,4	141,1	167,4	165,2	184,0	140,8	152,4	161,8	153,6
gewerblicher Bau	"	209,3	226,3	229,9	226,6	272,3	215,3	213,4	244,6	239,0
öffentlicher und Straßenbau	"	146,9	144,3	152,6	184,2	184,0	170,0	171,4	188,2	203,1
* Index des Auftragsleistungsindex ³⁾ darunter	1995=100	85,1	81,4	109,4	64,2	72,1	75,9	71,2	71,6	63,8
Wohnungsbau	"	53,2	46,0	52,3	44,0	37,3	35,6	38,4	45,6	35,7
gewerblicher Bau	"	99,6	90,9	129,2	64,2	60,3	78,4	64,8	62,8	62,9
öffentlicher und Straßenbau	"	84,9	89,1	116,3	75,1	106,0	95,1	97,2	96,8	80,3
Ausbaugewerbe⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁵⁾	1000	24,6	23,8	23,9	.	.	.	23,5	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	7 148	6 962	6 959	.	.	.	6 663	.	.
* Bruttolohnsomme	Mill. EUR	115,1	111,9	111,7	.	.	.	110,1	.	.
* Bruttogehaltssomme	"	57,4	57,2	55,1	.	.	.	57,3	.	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	626,6	613,9	621,9	.	.	.	640,0	.	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	913	788	803	896	650	761	738	606	698
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	818	679	738	805	559	655	635	521	615
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	1 021	926	862	1 046	895	880	839	663	793
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	188	170	161	194	164	169	156	126	150
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	219 128	204 157	188 639	235 948	204 249	210 515	206 129	152 911	183 202
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	245	207	225	220	219	198	161	129	160
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	875	1 333	1 027	1 948	1 961	1 999	1 479	743	1 209
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	186	224	194	359	244	278	237	129	180
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	167 702	198 009	150 972	280 959	245 899	224 386	194 165	143 477	164 878
* Wohnungen insgesamt ⁶⁾	Anzahl	1 988	1 817	1 594	1 997	1 770	1 851	1 712	1 297	1 543
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) ⁶⁾	"	10 306	9 021	8 526	10 115	8 100	9 384	8 534	6 840	7 766
GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
Großhandel										
* Index der Umsätze ⁷⁾ — real	2000 – 100	.	91,6	89,9	91,7	92,2	82,3
* Index der Umsätze ⁷⁾ — nominal	"	.	93,0	91,1	92,8	92,5	84,1
* Beschäftigte im Großhandel (Index)	"	.	100,7	101,5	101,2	100,8	98,5
Einzelhandel										
* Index der Umsätze ⁷⁾ — real	2000 – 100	.	97,3	90,1	99,0	103,9	87,5	90,0
* Index der Umsätze ⁷⁾ — nominal	"	.	98,8	92,0	101,0	105,7	89,4	92,4
darunter (Einzelhandel mit)	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Kraftfahrzeugen ⁸⁾ ; Tankstellen	"	.	96,3	85,5	98,3	99,6	82,0	87,0
Waren verschiedener Art ⁹⁾	"	.	102,0	94,1	100,9	110,4	99,0	94,8
Apotheken ¹⁰⁾	"	.	108,7	99,0	107,0	111,1	106,0	107,8
Bekleidung	"	.	101,0	111,1	107,6	114,1	85,3	99,2
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹¹⁾	"	.	99,3	89,7	109,0	112,2	76,5	78,8
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹²⁾	"	.	98,0	92,1	103,4	99,6	105,0	106,6
* Beschäftigte im Einzelhandel	"	.	98,5	98,4	98,8	99,4	95,1	95,8
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁷⁾ — real	2000 – 100	.	97,8	107,0	102,3	94,0	86,4	97,4	92,1	83,6
* Index der Umsätze ⁷⁾ — nominal	"	.	99,5	109,1	104,5	95,2	93,1	102,8	97,3	87,5
darunter	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	.	97,4	119,9	108,3	90,6	83,8	110,9	103,0	84,6
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	.	99,4	100,0	100,9	98,4	96,8	94,9	92,1	88,6
Kantinen und Caterer	"	.	101,2	106,9	101,2	94,3	102,5	105,6	100,0	91,5
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	.	101,5	103,2	103,2	100,4	96,0	96,0	94,8	93,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau, Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Bauinstallationen und sonstiges Baugewerbe; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 8) Sowie mit Kraftfahrzeugen und -zubehör. — 9) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 10) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 11) Sowie Hausrat. — 12) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000		2001			2002			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt¹⁾	Miil. EUR	2 504,1	2 635,8	2 621,2	2 903,3	2 678,1	2 671,4	2 722,5
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	60,1	62,6	53,1	67,3	64,0	58,6	78,0
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 444,0	2 573,2	2 568,1	2 836,0	2 614,2	2 612,8	2 644,5
davon										
* Rohstoffe	"	21,8	20,9	18,6	13,9	23,9	16,8	14,6
* Halbwaren	"	196,0	178,3	162,5	182,2	166,7	182,4	196,5
* Fertigwaren	"	2 226,2	2 374,0	2 387,0	2 640,0	2 423,6	2 413,6	2 433,4
davon										
* Vorerzeugnisse	"	471,5	453,1	452,4	479,4	418,0	490,3	469,5
* Enderzeugnisse	"	1 754,6	1 920,9	1 934,6	2 160,6	2 005,6	1 923,3	1 963,9
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	660,0	687,2
Maschinen	"	367,1	348,0
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	302,2	344,1
elektrotechnische Erzeugnisse	"	288,6	215,5
Eisen- und Metallwaren	"	181,8	174,0
davon nach										
* Europa	"	1 729,4	1 823,9	1 877,7	2 013,1	1 909,2	1 847,7	1 906,6
* darunter EU-Länder ²⁾	"	1 310,2	1 381,5	1 447,1	1 520,5	1 471,7	1 385,6	1 361,2
* Afrika	"	40,6	47,3	47,0	46,2	54,1	46,3	46,7
* Amerika	"	376,8	371,0	334,2	439,0	322,5	343,8	358,9
* Asien	"	333,8	360,0	326,5	371,4	360,7	413,1	390,5
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	23,4	33,6	35,7	33,6	31,6	20,5	19,8
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt¹⁾	"	4 481,1	4 250,2	3 619,9	4 247,9	4 209,0	3 643,3	3 786,3
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	176,9	189,7	177,7	195,4	244,1	164,0	183,7
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 304,1	4 060,5	3 442,2	4 052,6	3 964,9	3 479,3	3 602,6
davon										
* Rohstoffe	"	52,4	46,2	24,5	35,3	44,5	64,3	56,5
* Halbwaren	"	404,2	386,4	339,1	356,8	301,3	308,5	316,9
* Fertigwaren	"	3 847,5	3 628,0	3 078,6	3 660,4	3 619,1	3 106,5	3 229,2
davon										
* Vorerzeugnisse	"	444,5	458,8	409,5	473,6	522,2	393,4	364,2
* Enderzeugnisse	"	3 403,1	3 169,2	2 669,1	3 186,9	3 096,9	2 713,1	2 865,0
davon aus										
* Europa	"	2 668,5	2 764,7	2 394,7	2 848,2	2 787,3	2 345,4	2 508,8
* darunter EU-Länder ²⁾	"	2 070,6	2 134,7	1 785,6	2 171,7	2 101,5	1 785,2	1 891,3
* Afrika	"	106,3	91,0	55,3	65,4	81,1	109,1	79,4
* Amerika	"	809,4	662,6	545,0	608,0	557,1	491,0	493,2
* Asien	"	889,6	724,5	619,1	718,5	778,0	693,4	700,5
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	7,4	7,4	5,8	7,9	5,5	4,4	4,4
TOURISMUS³⁾										
* Gästeankünfte	1000	816	813	965	884	782	876	976	883	774
* darunter von Auslandsgästen	"	211	200	232	194	151	244	252	208	159
* Gästeübernachtungen	"	2 138	2 136	2 520	2 333	1 882	2 409	2 464	2 318	1 827
* darunter von Auslandsgästen	"	409	388	433	384	263	487	486	409	284
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	644	643	735	703	579	740	721	698	558
Luftkurorte	"	131	124	152	140	90	159	149	133	92
Erholungsorte	"	98	98	122	113	55	144	110	113	52
Sonstige Gemeinden	"	1 265	1 270	1 511	1 377	1 158	1 367	1 484	1 375	1 125
darunter Großstädte	"	575	575	655	591	555	578	654	598	542
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 350	1 251	1 261	1 375	1 322	1 097	1 154	1 273	1 166
davon										
* Güterversand	"	226	213	229	258	256	181	226	256	249
* Gütereingang	"	1 124	1 037	1 032	1 117	1 066	916	928	1 017	917

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2002 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000		2001			2002			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾	Anzahl	30 577	30 179	27 809	28 541	27 356	26 736	28 281	28 131	27 578
darunter	-									
Personenkraftwagen ²⁾	-	26 145	26 040	24 049	25 845	24 882	23 226	25 185	25 426	25 278
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	-	1 868	1 745	2 237	1 628	1 557	1 599	1 797	1 788	1 579
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	-	1 998	1 791	1 051	535	420	1 502	856	465	293
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	-	287	298	261	351	304	235	281	282	248
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ³⁾	-	3 097	3 095	3 225	3 390	3 479	11 051	11 207	12 414	12 180
darunter Unfälle mit Personenschaden	-	2 252	2 252	2 324	2 572	2 451	2 473	2 511	2 407	2 319
* Getötete Personen	-	45	43	46	51	43	33	50	57	41
* Verletzte Personen	-	3 031	3 036	3 162	3 428	3 301	3 253	3 415	3 251	3 144
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen⁴⁾										
Beförderte Personen	1000	39 561	39 236	110 692	.	.	.	101 788	.	.
davon im	-									
Linienverkehr ⁵⁾	-	39 083	38 805	109 111	.	.	.	100 301	.	.
Gelegenheitsverkehr	-	478	431	1 581	.	.	.	1 487	.	.
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 402	24 206	81 676	.	.	.	82 290	.	.
davon im	-									
Linienverkehr ⁵⁾	-	19 432	19 596	63 197	.	.	.	63 803	.	.
Gelegenheitsverkehr	-	4 970	4 612	18 479	.	.	.	18 487	.	.
Einnahmen	1000 EUR	41 158	81 840	134 274	.	.	.	143 179	.	.
davon aus	-									
Linienverkehr ⁵⁾	-	32 949	67 519	102 600	.	.	.	107 961	.	.
Gelegenheitsverkehr	-	8 209	14 321	31 674	.	.	.	35 218	.	.
GELD UND KREDIT										
Banke n⁶⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷⁾	Mill. EUR	490 216	546 660	551 109
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	-									
darunter	-									
Kredite an inländische Nichtbanken ⁷⁾	-	399 113	415 013	419 451
davon	-									
kurzfristige Kredite	-	66 702	71 101	65 228
Kredite über 1 Jahr ⁸⁾	-	332 411	343 912	354 223
Einzlagen und aufgenommene Gelder ⁷⁾	-									
von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	-	378 514	435 068	446 065
Insolvenzen										
Beartragte Insolvenzverfahren	Anzahl	235	268	240	290	271	448	429	468	...
darunter mangels Masse abgelehnt	-	123	122	88	154	127	118	83	132	...
davon	-									
von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe	-	153	167	142	188	179	196	177	263	...
von natürlichen Personen als Gesellschafter u.ä. Nachlässe ⁹⁾	-	24	29	28	36	33	152	159	105	...
von Verbrauchern ⁹⁾	-	58	73	70	66	59	100	93	100	...
Voraussichtliche Forderungen	1000 EUR	105 028	246 041	347 260	178 260	178 260	1592 672	546 072	295 092	...
GEWERBEANZEIGEN¹⁰⁾										
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 360	5 303	5 071	4 999	5 007	5 274	5 097	5 182	4 919
* Gewerbeabmeldungen	-	4 783	4 762	4 179	4 480	4 626	4 242	4 359	4 566	4 826
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	107,0	109,3	109,9	109,3	109,2	111,0	111,0	110,9	110,5
darunter	-									
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	-	101,4	105,1	105,4	105,5	105,2	104,5	104,3	104,1	104,1
Bekleidung, Schuhe	-	104,0	104,1	103,9	104,0	104,3	103,1	103,8	103,9	103,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	-	110,7	113,5	114,6	113,9	113,7	115,1	115,4	115,6	115,2
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	-	102,1	102,8	103,0	103,0	103,4	103,7	103,5	103,6	103,6
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	-	113,9	117,4	118,1	116,2	116,2	119,8	120,6	120,5	119,3
Nachrichtenübermittlung	-	84,3	82,1	82,0	81,9	81,8	82,3	82,4	82,4	82,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	-	104,9	106,6	107,1	105,7	106,1	108,6	108,1	106,8	106,2
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	-	103,7	104,6	104,8	104,9	103,8	111,7	109,3	109,3	108,1
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	106,6	108,9	109,3	108,9	108,8	110,9	110,7	110,6	110,1
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,2 ¹⁴⁾	100,2 ¹⁴⁾	.	.	102,4	102,5	.	.	102,2

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrerplatz. — 3) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Ab 2002: einschl. ehemals wirtschaftlich selbstständig Tätiger. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Regewerbe. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2002								
		2000	2001	2001			2002			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Miil. EUR	3 553,2	3 471,6	3 230,1	2 809,7	2 355,1	2 810,3	2 912,7	2 877,9	2 574,4
davon	-	3 129,5	3 014,8	2 886,5	2 369,1	1 971,4	2 579,2	2 764,1	2 349,8	2 250,4
Gemeinschaftssteuern	-	1 487,1	1 513,6	1 304,5	1 314,1	1 296,9	1 351,7	1 279,1	1 300,1	1 246,5
davon	-	76,5	64,1	410,3	- 81,1	- 106,5	- 86,7	419,7	- 99,0	- 104,5
Lohnsteuer ²⁾	-	227,8	256,6	176,4	125,9	78,4	180,2	50,2	56,7	31,9
veranlagte Einkommensteuer	-	224,9	265,7	189,2	196,7	226,0	180,8	137,6	182,9	202,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-	235,7	15,1	14,4	- 99,9	- 529,5	- 65,1	252,9	17,6	- 134,3
Zinsabschlag ²⁾	-	716,8	745,4	725,9	739,3	864,0	871,7	507,7	739,6	846,3
Körperschaftsteuer ²⁾	-	160,6	154,2	85,8	174,0	142,1	146,6	116,9	151,9	161,9
Umsatzsteuer	-	249,5	278,4	225,0	214,7	237,6	63,2	36,5	286,7	200,4
Einfuhrumsatzsteuer	-									
Bundessteuern	-	31,5	41,9	53,4	53,0	44,1	0,0	0,0	54,0	58,4
darunter	-	57,3	67,9	33,3	37,2	53,2	0,0	0,0	39,5	61,7
Mineralölsteuer	-	13,2	11,5	5,7	12,2	11,5	10,4	8,4	10,2	9,5
Versicherungsteuer	-	180,5	141,3	113,0	146,1	115,2	157,5	103,6	140,2	111,1
Zölle ³⁾	-									
Landesteuern	-	5,7	3,3	2,7	3,4	3,4	19,7	2,8	3,0	1,4
darunter	-	21,7	23,6	15,7	29,3	16,0	20,1	23,7	30,4	20,1
Vermögensteuer	-	43,2	43,5	32,5	42,2	32,2	57,2	30,0	42,0	32,6
Erbsteuer	-	44,3	53,2	46,9	51,1	46,4	44,1	40,7	46,2	40,1
Grundsteuer	-	30,5	26,5	0,0	67,5	19,3	0,0	0,0	90,9	3,0
Gewerbesteuerumlage	-									
		2000	2001	2001			2002			
		Durchschnitt ⁴⁾		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Miil. EUR	1 609,7	1 485,6	994,4	1 543,6	1 427,6	1 976,9	829,6	1 317,3	1 342,5
davon	-									
Grundsteuer A	-	4,3	3,0	4,3	4,2	5,2	3,4	4,4	4,2	5,2
Grundsteuer B	-	150,8	154,9	150,0	171,4	170,7	127,5	139,7	171,7	168,8
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	-	742,2	491,5	683,8	624,6	603,0	657,6	520,5	430,5	554,0
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	621,6	597,2	136,4	656,0	563,8	1 032,8	147,5	693,6	531,0
andere Steuern ⁵⁾	-	17,2	16,0	15,5	17,3	17,4	13,8	15,1	17,3	16,6
		2001	2002	2001			2002			
		Durchschnitt ⁶⁾		April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.
VERDIENSTE ⁷⁾										
Arbeiterverdienste (Im Produzierenden Gewerbe)										
• Bruttomonatsverdienst insgesamt	EUR	2 438	2 471	2 443	2 454	2 438	2 409	2 446	2 490	2 498
• Männliche Arbeiter	-	2 520	2 551	2 527	2 535	2 519	2 488	2 526	2 570	2 578
darunter Facharbeiter	-	2 674	2 697	2 684	2 693	2 667	2 637	2 668	2 718	2 723
• Weibliche Arbeiter	-	1 883	1 920	1 873	1 899	1 886	1 886	1 898	1 935	1 937
darunter HilfsarbeiterInnen	-	1 755	1 786	1 749	1 766	1 755	1 758	1 768	1 804	1 795
• Bruttostundenverdienst insgesamt	-	14,89	15,13	14,93	14,93	14,86	14,87	15,02	15,18	15,26
• Männliche Arbeiter	-	15,36	15,59	15,42	15,39	15,31	15,35	15,48	15,63	15,72
darunter Facharbeiter	-	16,48	16,67	16,57	16,54	16,40	16,44	16,55	16,71	16,80
• Weibliche Arbeiter	-	11,66	11,92	11,59	11,74	11,70	11,68	11,81	11,99	12,03
darunter HilfsarbeiterInnen	-	10,72	10,94	10,66	10,78	10,76	10,74	10,83	11,03	11,01
Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverdienste)										
• Im Produzierenden Gewerbe	-	3 586	3 667	3 562	3 588	3 618	3 637	3 664	3 700	3 710
männlich	-	3 843	3 941	3 818	3 846	3 876	3 890	3 915	3 959	3 964
weiblich	-	2 863	2 963	2 839	2 865	2 891	2 913	2 939	2 972	2 991
• kaufmännische Angestellte	-	3 385	3 477	3 369	3 383	3 412	3 438	3 464	3 488	3 492
• technische Angestellte	-	3 765	3 871	3 733	3 772	3 802	3 814	3 839	3 889	3 902
• In Handel ⁸⁾ , Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁹⁾	-	3 080	3 365	3 033	3 070	3 095	3 323	3 331	3 366	3 403
männlich	-	3 380	3 725	3 353	3 392	3 415	3 675	3 699	3 730	3 757
weiblich	-	2 617	2 823	2 593	2 624	2 649	2 796	2 784	2 823	2 860
• kaufmännische Angestellte	-	3 077	3 360	3 050	3 087	3 111	3 325	3 323	3 357	3 400
• Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel ⁸⁾ , Kredit- und Versicherungsgewerbe ⁹⁾	-	3 270	3 487	3 244	3 276	3 303	3 443	3 458	3 492	3 519

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 9) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.

Handbuch der Printmedien

Technologien und Produktionsverfahren. Herausgegeben von H. Kippahn, XVII und 1246 Seiten (mit 1 CD-ROM), gebunden, 93,41 Euro, Springer, Heidelberg, 2000.

Die Druckindustrie ist in den letzten Jahren durch einen technologischen Wandel gekennzeichnet und muss sich mit ständig steigenden Anforderungen des Marktes hinsichtlich Qualität, Kosten und Verbreitung auseinandersetzen. Schlagworte wie Digitalisierung, Automatisierung, Synergien und Innovationen kennzeichnen die Weiterentwicklungen und die Schaffung neuer Möglichkeiten und Methoden bei Produktionsmitteln und Verfahren. In der grafischen Industrie ist interdisziplinäres Arbeiten in einem besonders hohen Maße gefordert. Die traditionellen Produktionsbereiche Druckvorstufe, Druck und Druckweiterverarbeitung (Prepress, Press und Postpress) sind durch die Fortschritte in der Computer- und Netzwerktechnik zusammengewachsen. Betriebe, Führungs- und Fachkräfte, Auszubildende und Lehrende müssen sich diesem Wandel stellen. Helmut Kippahn von der Heidelberger Druckmaschinen AG ist der Herausgeber dieses umfangreichen Handbuchs. Unter seiner inhaltlichen und wissenschaftlichen Leitung wurde ein Autorenteam aus Wissenschaft, Lehre, Forschung und Industrie gebildet, Themen und Inhalte diskutiert und abgestimmt. Die behandelte Thematik ist dementsprechend breit gestreut und umfasst sämtliche Aspekte, die in der heutigen Druckindustrie von Bedeutung sind. Erläutert werden neben den traditionellen Technologien auch neue innovative Verfahren in Druckvorstufe, Druck und Weiterverarbeitung. Neuartige digitale Druckverfahren werden ausführlich behandelt, insbesondere die Non-Impact-Technologien. Die Bedeutung der verschiedenen Druckverfahren wird ausführlich diskutiert. Weitere Themen sind die Positionierung von Printmedien, elektronischen Medien und Multimedia auf dem heutigen und zukünftigen Markt sowie die Positionierung der verschiedenen Druckverfahren auf Basis ihrer Leistungsmerkmale und der Marktsegmente von Printmedien. Die Trends zur Printmedienproduktion werden unter Beachtung wirtschaftlicher und technologischer Belange ausführlich dargestellt. Der heutige Stand der Technik von Produktionsanlagen, Systemen und Technologien wird beispielhaft an Produkten zahlreicher namhafter Hersteller beschrieben. Weiterhin werden Themen wie Umweltschutz und Sicherheitstechnik, Materialien, Gestaltung, Typografie, Material- und Datenfluss, Geschichte, Ausbildung, Forschung und Produktionsstrategien und Geschäftsmodelle näher betrachtet. Im umfangreichen Anhang findet sich neben einem Glossar von Fachbegriffen u. a. ein Literaturverzeichnis sowie eine Auswahl von Normen und Standards. Ebenso sind Forschungseinrichtungen, Ausbildungsstätten und Organisationen in der Druck- und Verlagsindustrie aufgeführt. Das Handbuch soll damit Standard-Referenz für Fachkommunikation und Weiterbildung sein; es will solides Basiswissen vermitteln und soll eine Grundlage für das Erarbeiten von Verständnis und Kenntnis um die Zusammenhänge sein. Herausgeber und Verlag haben vereinbart, das Handbuch als Standardwerk für die Produktion von Printmedien durch nachfolgende Auflagen aktuell zu halten. Dem Handbuch ist eine CD-Rom beigelegt; diese bietet den kompletten Inhalt des Handbuchs, ermöglicht Volltextsuche und enthält zusätzliche Arbeitshilfen zum zielgerichteten Recherchieren und Zusammenstellen von Informationen. 7027

Informationsfreiheitsgesetz

Entwurf eines Informationsfreiheitsgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Von H. Garstka, F. Schoch u. M. Kloepfer, Band 1 der Reihe „Beiträge zum Informationsrecht“, 342 Seiten, kartoniert, 84,00 Euro, Duncker & Humblot, Berlin, 2002.

Die Informationszugangsfreiheit für jeden Einzelnen gegenüber öffentlichen Stellen ist in vielen Staaten Europas sowie in den USA heutzutage eine Selbstverständlichkeit. Demgegenüber ist das öffentliche Recht in Deutschland nach wie vor durch das Prinzip der Geheimhaltung von Verwaltungsinformationen gekennzeichnet (Grundsatz der so genannten begrenzten Aktenöffentlichkeit). Mit dieser Grundausrichtung weist die deutsche Verwaltungsrechtsordnung nach der Auffassung der Autoren einen Entwicklungsrückstand auf, den es in einem modernen demokratischen Staat zu beheben gilt. Bislang ist es nur auf dem Gebiet des Umweltinformationsrechts gelungen, einen voraussetzungslosen Anspruch für jeden auf freien Zugang zu Informationen über die Umwelt einzuführen; Deutschland war hierzu auf Grund der Umwelt-Informationsrichtlinie gezwungen. Damit ist der Informationszugangsfreiheit gegenüber öffentlichen Stellen jedoch nur auf einem Teilgebiet des öffentlichen Rechts Rechnung getragen. Auf der europäischen Ebene schreitet die Entwicklung jedoch weiter voran (Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission). Nachdem der Bund im Dezember 2000 den Referentenentwurf eines Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) erarbeitet und vorgestellt hat, ist zu erwarten, dass die Diskussion zur Informationsfreiheit neu belebt wird. Mit dem vorliegenden Professorentwurf für ein IFG soll seitens der Rechtswissenschaft ein Beitrag zur Behebung des Entwicklungsrückstands der deutschen Rechtsordnung beim Zugang zu Informationen öffentlicher Stellen geleistet werden. Der Band enthält neben dem kompletten Gesetzesvorschlag (Informationszugangsfreiheit, Einschränkungen des Informationszugangs, Verfahren sowie Organisationsvorschriften) eine ausführliche Begründung einschl. einer umfassenden Einleitung zu dem Thema „Zugang zu den staatlichen Informationen im demokratischen Rechtsstaat“. Der Anhang enthält die nationalen IFG (Bund, Berlin, Brandenburg, Schleswig-Holstein), das Umweltinformationsrecht und das supranationale (europäische) Informationszugangsrecht. 7079

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Hessisches Beamtengesetz mit Beamtenversorgungsgesetz

Kommentar von Dr. J. Crisoll, M. Schwarz, J. Gerke und K. H. Schmidt, Loseblattausgabe, 339. Erg.-Lfg. vom Januar 2003, 107,40 Euro; Hermann-Luchterhand-Verlag, Neuwied am Rhein und Berlin-Spandau, 2003. 2294

Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT)

(Bund, Länder und Gemeinden). Grundkommentar, begründet von Sigmund Uttlinger, fortgeführt von A. Breier, Dr. K.-H. Kiefer und H. Hoffmann, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 172. Erg.-Lfg. vom Dezember 2002, 5692 Seiten, in 4 Ordnern) 142,00 Euro; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München, 2001. 2027

Besoldungsrecht des Bundes und der Länder

Erläutert auf der Grundlage des Bundesbesoldungsgesetzes unter Einbeziehung ergänzender landesrechtlicher Regelungen. Ergänzbare Kommentar. Von Dr. Manfred-Carl Schinkel und Klaus Selfert, Band III der Reihe „Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht (GKÖD)“, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 53. Erg.-Lfg. vom November 2002, 2222 Seiten, in 2 Ordnern), 96,00 Euro; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 2002. 5197

Krankenhaus-Finanzierungsrecht

Ergänzbare lexikalisches Handbuch. Von K. Grünenwald und A. Wettstein-Grünenwald, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 3/02 vom August 2002, 2268 Seiten, in Spezialordner); 96,00 Euro, Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 2002. 5636

Statistisches Jahrbuch 2002 für die Bundesrepublik Deutschland und für das Ausland

Herausgegeben vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden, 714 und 368 Seiten (einschl. CD-ROM) in einem Schuber, gebunden, 80,50 Euro, Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart, 2002.

In einer Zeit, in der intensiv über den Wirtschaftsstandort Deutschland, über die notwendigen Konsequenzen aus den sich wandelnden demographischen, wirtschaftlichen und sozialen wie auch ökologischen Verhältnissen sowie dem Umbruch von der Industrie- zur Informationsgesellschaft diskutiert wird, bietet das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland und für das Ausland in seiner neuesten Ausgabe Informationen über die Lage und die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland sowie wichtige Eck- und Vergleichsdaten aus Europa und der übrigen Welt. Enthalten sind Daten aus den von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder aufbereiteten Statistiken; darüber hinaus haben weitere Verwaltungen und Institutionen aus ihren Geschäftsbereichen Daten zur Verfügung gestellt. In den insgesamt 26 Kapiteln des Jahrbuchs für die Bundesrepublik Deutschland werden Daten u. a. aus den Bereichen Bevölkerung, Wahlen, Erwerbstätigkeit, Produzierendes Gewerbe, Handel, Bildung und Wissenschaft, Sozialleistungen, Preise und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen dargestellt. Ohne den bewährten Aufbau des Werkes zu verändern wurden in einigen Kapiteln Änderungen und Erweiterungen vorgenommen. So sind jetzt Ergebnisse einer Befragung über das Reiseverhalten der Bevölkerung im Kapitel „Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus“ enthalten. Weiterhin wurden im Kapitel „Bildung und Wissenschaft“ Informationen zu Ausgaben für Forschung und Entwicklung aufgenommen. Die finanziellen Aufwendungen unserer Gesellschaft für Erhalt und Wiederherstellung der Gesundheit sind in der neuen Gesundheitsausgabenrechnung dokumentiert, die durch umfassende und tiefgegliederte Ergebnisse zu den im Gesundheitswesen Beschäftigten ergänzt wird. Der Band für das Ausland enthält in jeweils 18 Kapiteln Daten aus den Ländern der Europäischen Union bzw. der Eurozone sowie internationale Übersichten, wobei die Stellung Deutschlands im Vergleich zu seinen Partnerstaaten in der EU bzw. im internationalen Vergleich im Mittelpunkt steht. Gegliedert ist dieser Band u. a. in die Bereiche Bevölkerung, Wahlen, Erwerbstätigkeit, Handel, Verkehr, Geld und Kredit, Bildung und Wissenschaft, Preise und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Die dem zweibändigen Werk beigelegte CD-ROM enthält die kompletten Inhalte des Statistischen Jahrbuchs für die Bundesrepublik Deutschland und für das Ausland im PDF-Format. 7088

Zeitschrift für Tarifrecht — ZTR

Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Herausgegeben von Dr. P. Alexander, J. Berger, U. Berger-Delhey, A. Breier, A. P. Cécior, Prof. Dr. W. Däubler u. a., geheftet; Erscheinungsweise monatlich, Bezugspreis: Jahresabonnement 182,00 Euro einschl. Versandkosten, Verlagsgruppe Jähle-Rehm, München.

Hauptinhalt der Hefte 10/02 bis 12/02: Zur Darlegungs- und Beweislast im BAT-Eingruppierungsprozess — eine Erwiderung / Neues Arbeitsrecht in der Gewerbeordnung / Die Verteilung des Betriebsrisikos nach der Schuldrechtsreform / Symposium „Leistungsförderung im öffentlichen Dienst“ am 13./14.3.2002 in Berlin in Kooperation von OECD und Bundesministerium des Innern / Streik um Anschluss-tarifverträge / Die freiwillige Versicherung in der Zusatzversorgung

des öffentlichen und kirchlichen Dienstes / Das Werkstattverhältnis gemäß §§ 136 ff. SGB IX / Unanwendbarkeit des Betriebsverfassungsgesetzes auf ein von einem Mitglied des Diakonischen Werkes betriebenes Krankenhaus / Datenschutz im Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrecht / Freiwillige Zusatzversorgung und EG-Beihilfenrecht. 6133-42

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM DEZEMBER 2002

(K – mit Kreisergebnissen, G – mit Gemeindeergebnissen
☐ – auf Diskette lieferbar, ● – auf CD-ROM lieferbar)

Ausländer in Hessen am 31. Dezember 2001; Ergebnisse des Ausländerzentralregisters; (A 14 - j/01); (K)	3,00 Euro
Vergleichszahlen zur Landtagswahl in Hessen am 2. Februar 2002; Ergebnisse nach Wahlkreisen und Gemeinden; Strukturdaten nach Wahlkreisen; (B VII 2 - 1 - 5j/03); (G/WK)	8,00 Euro
Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl in Hessen am 22. September 2002; Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik; (B VII 1 - 02/05); (G/WK)	3,00 Euro
Die Bundestagswahl in Hessen am 22. September 2002; Endgültige Ergebnisse; (B VII 1 - 02/4); (G/WK)	12,50 Euro
Wahlvorschläge zur Landtagswahl am 2. Februar 2003 in Hessen; (B VII 2 - 2-5j/03); (G/WK)	6,00 Euro
Schlachtungen in Hessen im Oktober 2002; (C III 2 - m 19/02)	2,50 Euro
Gewerbeanzeigen in Hessen im 3. Vierteljahr 2002; (D I 2 - vj 3/02); (K)	3,00 Euro
☐, Excel	3,00 Euro
Jahreserhebung im Ausbaugewerbe in Hessen vom Juni 2002; Bauinstallation und Sonstiges Baugewerbe; (E III 2 - j/02); (K)	3,00 Euro
☐, Excel	3,00 Euro
Indizes des Auftragsingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Oktober 2002; (E I 3 - m 10/02);	4,00 Euro
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im September 2002; Vorläufige Ergebnisse; (H I 1 - m 9/02); (K)	3,00 Euro
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Oktober 2002; (E I 1 - m 10/02); (K)	4,00 Euro
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Oktober 2002 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - m 10/02); (K)	3,00 Euro
☐, Excel	3,00 Euro
Baugenehmigungen in Hessen im Oktober 2002; (F II 1 - m 10/02); (K)	3,00 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im September 2002; Vorläufige Ergebnisse; (G I 2 - m 9/02)	2,50 Euro
Die Ausfuhr Hessens im August 2002; Vorläufige Ergebnisse; (G III 1 - m 8/02)	3,00 Euro
☐, Excel	3,00 Euro
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im August 2002; Vorläufige Ergebnisse; (G III 3 - m 8/02)	3,00 Euro
☐, Excel	3,00 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im September 2002; Vorläufige Ergebnisse; (G I 1 - m 9/02)	3,00 Euro
Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im September 2002; Vorläufige Ergebnisse; (G IV 1 - m 9/02); (G)	4,00 Euro
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Oktober 2002; Vorauswertung; (H I 1 - m 10/02); (K)	2,50 Euro
Binnenschifffahrt in Hessen im September 2002; (H II 1 - m 9/02); (H)	3,00 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt - 65175 Wiesbaden

Hessischer Umwelt-Monitor



HESSISCHES LANDESAMT
FÜR UMWELT UND GEOLOGIE

Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes

Nr. 1

Januar 2003

7. Jahrgang

Inhalt

- ◆ Umsetzung der neuen europäischen Luftqualitätsrichtlinien in nationales Recht 3
- ◆ Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel 9

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.
Er wird gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt
als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“
des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG), Rheingaustraße 186, 65203 Wiesbaden
Hessisches Statistisches Landesamt (HSL), Rheinstraße 35/37, 65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie
Telefon: 0611/6939-0, Telefax: 0611/6939-555

Redaktion: HLUG, Telefon: 0611/6939-0
und Siegfried Bayer (HSL), Telefon: 0611/3802-804

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung
eines Belegexemplares gestattet.

Umsetzung der neuen europäischen Luftqualitätsrichtlinien in nationales Recht

Die im Jahr 2002 durchgeführten Novellierungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG, vom 26. September 2002), der Verordnung über Immissionswerte (22. BImSchV, vom 11. September 2002) und der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft, vom 24. Juli 2002) basieren zu einem wesentlichen Teil auf der Entwicklung eines europäischen Luftreinhaltungskonzepts, welches von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umzusetzen ist. Im Folgenden werden einige Aspekte der Umsetzung vorgestellt.

In § 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) heißt es: **Zweck dieses Gesetzes ist es, Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen ... zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen.**

Die Grundlage der Luftreinhaltung bildet in Deutschland das 1974 in Kraft getretene Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und das daraus entwickelte Regelwerk von Verordnungen und Verwaltungsvorschriften.

In den Achtziger- und Neunzigerjahren konnten auf Basis dieses Regelwerkes wesentliche Reduzierungen verschiedener Luftschadstoffe wie Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid und Staub erzielt werden, sodass zum Beispiel 1998 die Wintersmog-Verordnung aufgehoben werden konnte.

Doch Luftschadstoffe kennen keine Grenzen und so war es nur folgerichtig, dass die Staaten der europäischen Gemeinschaft ein gemeinsames Luftreinhaltungskonzept entwickelten, dessen Luftqualitätsziele flächendeckend und langfristig erfüllt werden sollen.

Der Beginn der europäischen Rechtssetzung zur Luftqualität liegt mehr als 20 Jahre zurück. Im Jahr 1980 wurde die erste Richtlinie verabschiedet, welche Luftqualitätsziele festlegte, einen Zeitrahmen für deren Einhaltung definierte und Mess- und Beurteilungskriterien vorgab. Schwefeldioxid und Staub waren die ersten Schadstoffe, für die Regelungen getroffen wurden, gefolgt von Blei, Stickstoffdioxid und Ozon in weiteren Richtlinien aus den Jahren 1982, 1985 und 1992 (Anhang III).

In dem 1992 verabschiedeten **fünften Aktionsprogramm für den Umweltschutz**, dessen allgemeines Konzept der Rat und die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der europäischen Mitgliedstaaten in einer Entschließung (93/C 138/01 vom 1. Februar 1993) gebilligt haben, wurde die Festsetzung **langfristiger Luftqualitätsziele** empfohlen.

Daraufhin wurde eine europäische Luftreinhaltungstrategie entwickelt, deren Konzept sich in einer Rahmenrichtlinie

„**Richtlinie 96/62/EG des Rates vom 27. September 1996 über die Beurteilung und Kontrolle der Luftqualität (Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie)**“ und konkretisierenden **Tochterrichtlinien (Anhang II)** widerspiegelt.

In Artikel 1 der **Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie** sind die **Ziele** wie folgt definiert:

- Definition und Festlegung von Luftqualitätszielen für die Gemeinschaft im Hinblick auf die Vermeidung, Verhütung und Verringerung schädlicher Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt insgesamt;
- Beurteilung der Luftqualität in den Mitgliedstaaten anhand einheitlicher Methoden und Kriterien;
- Verfügbarkeit von sachdienlichen Informationen über die Luftqualität und Unterrichtung der Öffentlichkeit hierüber, unter anderem durch Alarmschwellen;
- Erhaltung der Luftqualität, sofern sie gut ist, und Verbesserung der Luftqualität, wenn dies nicht der Fall ist.

Die Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie legt die **Randbedingungen für die neue Luftreinhaltungstrategie** fest. Es werden sowohl Begrifflichkeiten und Verantwortungsbereiche definiert als auch Durchführungsbestimmungen und Berichtspflichten geregelt. Die Richtlinie selbst enthält keine Grenzwerte. Nach einem in der Rahmenrichtlinie festgelegten Zeitplan werden für die in **Anhang I** aufgeführten Luftschadstoffe **Tochterrichtlinien (Anhang II)** erstellt und Grenzwerte und/oder Alarmschwellen sowie eine Vielzahl schadstoffspezifischer Regelungen festgelegt. Die Tochterrichtlinien zur Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie enthalten ausschließlich **Immissionswerte** der verschiedenen Luftschadstoffe, welche durch den gebietsbezogenen Immissionsschutz zu überwachen sind. In Hessen wird diese Kontrolle durch den Betrieb eines landesweiten Messnetzes von 36 Stationen gewährleistet. Die kontinuierlich erhobenen Daten werden an eine Messnetzzentrale übertragen und zeitnah veröffentlicht.

Bisher sind drei Tochterrichtlinien im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften erschienen. Sie regeln die Schadstoffkomponenten Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Partikel, Blei, Benzol, Kohlenmonoxid und Ozon. Eine 4. Tochterrichtlinie, welche Grenzwerte für die Komponenten Polzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe, Kadmium, Arsen, Nickel und Quecksilber enthalten wird, ist zurzeit in der Bearbeitung.

Zur Anpassung an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt ist eine regelmäßige Überarbeitung der Richtlinien notwendig. So enthält jede Tochterrichtlinie eine **Revisionsklausel**, in der die Kommission zu einer umfangreichen Berichterstattung an den Rat und das Europäische Parlament über die Erfahrungen bei der

Umsetzung der jeweiligen Richtlinien verpflichtet wird. Dieser Bericht kann auch Vorschläge zur Änderung der Grenzwerte einschließen. Somit sind die neuen Luftqualitätsrichtlinien kein starres Regelwerk, sondern in gewissem Rahmen kann der europäische Gesetzgeber flexibel auf die Entwicklung der Luftqualität in der Gemeinschaft reagieren.

Auf die Mitglieder der Gemeinschaft werden umfangreiche **Berichtspflichten** zukommen, sowohl gegenüber der EG als auch gegenüber der Öffentlichkeit, sodass der Istzustand und die Entwicklung der Luftqualität transparent werden. Die Kommission wird mit Unterstützung der Europäischen Umweltagentur (EUA) alle drei Jahre einen zusammenfassenden **Bericht über die Luftqualität** in der Gemeinschaft veröffentlichen.

Die **Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie und deren Tochterrichtlinien** werden insbesondere durch eine Novellierung des **Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)** und der **Verordnung über Immissionswerte (22. BImSchV)** in deutsches Recht umgesetzt. Die 22. BImSchV regelt jedoch nicht näher die Fragen der Genehmigung von Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) unter dem Aspekt der Luftreinhaltung. Dafür ist die **Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft)** maßgeblich. Die bisher geltende TA Luft (vom 27. Februar 1986) enthielt jedoch die gegenüber dem EG-Recht weniger strengen Werte, die bereits vor dem Jahr 1983 abgeleitet worden sind. Ein Nebeneinander der neuen 22. BImSchV und der alten TA Luft mit unterschiedlichen Immissionswerten für dieselben Komponenten würde zu erheblicher Rechtsunsicherheit führen, sodass eine Anpassung der TA Luft an die Vorgaben der EG-Luftqualitätsrichtlinien zwingend erforderlich war.

Die Umsetzung der europäischen Luftqualitätsrichtlinien in deutsches Recht muss

- zum einen den europarechtlichen Vorgaben Rechnung tragen und
- zum anderen sich in das System des Bundes-Immissionsschutzgesetzes unter Beibehaltung der bisherigen Regelungen zur Luftreinhaltungsplanung einfügen.

Erfahrung mit der Anwendung der europäischen Luftqualitätsrichtlinien muss noch für die Bereiche gesammelt werden, die nach deutschem Recht nicht durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz, sondern zum Beispiel durch das Verkehrs- oder Baurecht abgedeckt werden.

Um den künftigen Anforderungen der EG-Luftqualitätsrichtlinien zu entsprechen, musste die bisherige Praxis der **Immissionserfassung, Immissionsbeurteilung** und **Berichterstattung** überprüft und den neuen Vorgaben angepasst werden.

Die Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie verlangt von den Mitgliedstaaten zunächst die Beurteilung der vorhandenen Luftqualität. Hierzu sind nach den Vorgaben der

Rahmenrichtlinie umfangreiche Messungen durchzuführen. Die Messwerte sind anhand der Immissionswerte, welche die Tochterrichtlinien vorgeben, zu bewerten (Ausgangsbeurteilung).

Die durch die Tochterrichtlinien festgelegten **Grenzwerte** dürfen nach dem Eintritt bestimmter **Stichtage** (teils 1. Januar 2005, teils 1. Januar 2010) nicht mehr überschritten werden. Die Rahmenrichtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, dies sicherzustellen. Um dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu entsprechen und den Mitgliedstaaten angemessene Fristen für die notwendigen rechtlichen und technischen Anpassungen zu ermöglichen, gestatten die Tochterrichtlinien bis zum Eintritt der Stichtage innerhalb eines Übergangszeitraums die Überschreitung der Grenzwerte im Rahmen von Toleranzmargen.

Neben Grenzwerten werden durch die Tochterrichtlinien auch **Alarmschwellen** festgelegt, bei deren Überschreiten die Bevölkerung insbesondere über den weiteren Verlauf der Luftbelastung zu informieren ist und ihr Verhaltensempfehlungen mitzuteilen sind.

Besteht die Gefahr, dass Grenzwerte nach den in den Tochterrichtlinien festgelegten Stichtagen oder dass Alarmschwellen überschritten werden, so sind nach der Rahmenrichtlinie **Maßnahmenpläne** bzw. **Aktionspläne** zu erstellen, auf Grund deren Durchführung die Grenzwerte eingehalten werden können.

Vergleicht man die Zahlenwerte der bisherigen und der neuen Immissionswerte miteinander, was wegen der geänderten Definition der Grenzwerte oder des Messobjektes allerdings nur für die jahresbezogenen Werte und für einzelne Stoffe möglich ist, so ergibt sich eine Absenkung der Werte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Blei auf die Hälfte bis auf ein Viertel der bisherigen Werte.

Bei Schwebstaub hat sich die Definition des Messobjektes insofern geändert, als nicht mehr der „Gesamtstaub“, sondern die Masse einer bestimmten Partikelgröße, nämlich die PM10-Fraktion (Partikeldurchmesser $\leq 10 \mu\text{m}$) gemessen wird.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die **Immissionsbeurteilung**, auch unter Berücksichtigung des in den letzten Jahren erheblich abgesunkenen Immissionsniveaus einzelner Komponenten, durch die Übernahme der EG-Luftqualitätswerte zu einer deutlichen Verschärfung führen wird.

Die vorgegebenen Grenzwerte für Stickstoffdioxid und Partikel werden von den Bundesländern — so auch von Hessen — in naher Zukunft nicht flächendeckend einzuhalten sein, sodass weitere Minderungsmaßnahmen sowohl im industriellen Bereich als auch beim Kraftfahrzeugverkehr erforderlich sind. Geeignete **Maßnahmenpläne** müssen rechtzeitig entwickelt und entsprechend Terminplan umgesetzt werden.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Werte, an denen sich die europäische Luftreinhalteplanung für das nächste Jahrzehnt zu orientieren hat. Diese Tabelle wird zu ergänzen sein, sobald weitere Tochterrichtlinien verabschiedet sind.

Komponente	Kenngröße	Konzentration [µg/m ³]	Zulässige Überschreitungen pro Jahr	Anzuwenden ab ¹⁾	Schutzziel/Besonderheiten
SO ₂	1-h-Wert	350	24	01.01.2005	Mensch
	24-h-Wert	125	3	01.01.2005	Mensch
	Jahresmittel	20	–	19.07.2001	Ökosystem/Messung wie Wintermittel
	Wintermittel (01.10.–31.03.)	20	–	19.07.2001	Ökosystem/Messung 20 km entfernt von Ballungsraum, 5 km entfernt von Bebauung, Industrie oder Straßen, repräsentativ für 1000 km ² , Abweichungen möglich
NO ₂	1-h-Wert	200	18	01.01.2010	Mensch
	Jahresmittel	40	–	01.01.2010	Mensch
NO + NO ₂ (als NO ₂)	Jahresmittel	30	–	19.07.2001	Vegetation/Messung 20 km entfernt von Ballungsraum, 5 km entfernt von Bebauung, Industrie oder Straßen, repräsentativ für 1000 km ² , Abweichungen möglich
PM10 ²⁾	24-h-Wert	50	35	01.01.2005	Mensch
	24-h-Wert	50	7	01.01.2010	Mensch
	Jahresmittel	40	–	01.01.2005	Mensch
	Jahresmittel	20	–	01.01.2010	Mensch
Blei	Jahresmittel	0,5	–	01.01.2005	Mensch
Benzol ³⁾	Jahresmittel	5	–	01.01.2010	Mensch
CO ³⁾	8-h-Wert	10000	–	01.01.2005	Mensch
Ozon ⁴⁾	8-h-Wert	120	–	2010	Mensch
	AOT40 1-h-Wert Mai–Juli	18000 µg/m ³ h	–	2010	Vegetation
	8-h-Wert	120	–	Langfristiges Ziel	Mensch
	AOT40 1-h-Wert Mai–Juli	6000 µg/m ³ h	–	Langfristiges Ziel	Vegetation
	1-h-Wert	180	–	Informationsschwelle	Mensch
	1-h-Wert	240	–	Alarmschwelle	Mensch

¹⁾ Während der Übergangszeit gelten die Grenzwerte plus einer Toleranzmarge.

²⁾ Particulate Matter ≤10 µm (Feinstaub ≤10 µm).

³⁾ Neu, vom Anhang 1 des Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften L 313/16 13.12.2000.

⁴⁾ Gemeinsamer Standpunkt, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 2001 C 126/10.

HLUG 11, Stand November 2001

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die **Immissionsbeurteilung**, auch unter Berücksichtigung des in den letzten Jahren erheblich abgesunkenen Immissionsniveaus einzelner Komponenten, durch die Übernahme der EG-Luftqualitätswerte zu einer deutlichen Verschärfung führen wird.

Die vorgegebenen Grenzwerte für Stickstoffdioxid und Partikel werden von den Bundesländern — so auch von Hessen — in naher Zukunft nicht flächendeckend einzuhalten sein, sodass weitere Minderungsmaßnahmen sowohl im industriellen Bereich als auch beim Kraftfahrzeugverkehr erforderlich sind. Geeignete **Maßnahmenpläne** müssen rechtzeitig entwickelt und entsprechend Terminplan umgesetzt werden.

Anhang I

Auszug aus Anhang I der Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie:

Liste der bei der Beurteilung und Kontrolle der Luftqualität zu berücksichtigenden Luftschadstoffe

I. Schadstoffe, die in der Anfangsphase geprüft werden müssen, ...

- 1 Schwefeldioxid
- 2 Stickstoffdioxid
- 3 Feinpartikel wie Ruß (einschl. PM 10)
- 4 Schwebstaub
- 5 Blei
- 6 Ozon
- 7 Benzol

II. Sonstige Luftschadstoffe

- 8 Kohlenmonoxid
- 9 Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe
- 10 Kadmium
- 11 Arsen
- 12 Nickel
- 13 Quecksilber

Anhang II

Luftqualitätsrichtlinien, die bisher im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht wurden:

Richtlinie 96/62/EG des Rates vom 27. September 1996 über die Beurteilung und Kontrolle der Luftqualität (Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie)

1. Tochterrichtlinie 1999/30/EG des Rates vom 22. April 1999 über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Stickstoffoxide, Partikel und Blei in der Luft, in nationales Recht umzusetzen bis 19. Juli 2001

2. Tochterrichtlinie 2000/69/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2000 über Grenzwerte für Benzol und Kohlenmonoxid in der Luft, in nationales Recht umzusetzen bis 13. Dezember 2002

3. Tochterrichtlinie 2002/3/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2002 über den Ozongehalt der Luft, in nationales Recht umzusetzen bis 9. September 2003

Anhang III

Die o.g. Tochterrichtlinien werden bereits bestehende EG-Richtlinien, welche Grenz- und Leitwerte der Luftqualität regeln, ersetzen. Dies sind:

Richtlinie 80/779/EWG des Rates vom 15. Juli 1980 über Grenzwerte und Leitwerte der Luftqualität für Schwefeldioxid und Schwebstaub

Richtlinie 82/884/EWG des Rates vom 3. Dezember 1982 betreffend einen Grenzwert für den Bleigehalt in der Luft

Richtlinie 85/203/EWG des Rates vom 7. März 1985 über Luftqualitätsnormen für Stickstoffdioxid

Richtlinie 92/72/EWG des Rates vom 21. September 1992 über die Luftverschmutzung durch Ozon

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

1. Hydrologische Daten nach Messstellen	10
2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten	11
3. Luftbelastung nach Messstellen	13

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel
1. Hydrologische Daten nach Messstellen

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2000	2001				2002		
		Durchschnitt		4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<i>Lufttemperatur</i>	<i>Mittel [°C]</i>										
Station: <i>Frankfurt/M.-Flughafen</i>		11,6	10,8	7,70	4,67	13,9	18,1	10,8	5,0	14,7	17,9
<i>Niederschlag</i>	<i>Summe [mm]</i>										
Station: <i>Hofgeismar-Beberbeck</i>	"	765	-	122	-	178	251	-	191	-	-
<i>Marburg-Lahnberge</i>	"	726	829	164	231	203	214	180	232	197	276
<i>Schotten-Eichelsachsen</i>	"	866	957	217	255	196	241	265	279	170	236
<i>Abfluss</i>	<i>Mittel [m³/s]</i>										
Pegel: <i>Helmarshausen/Diemel</i>	"	13,9	13,3	7,20	18,1	13,0	8,03	13,9	27,6	19,6	15,3
<i>Rotenburg/Fulda</i>		22,6	24,8	21,9	46,1	22,0	10,1	20,8	61,6	25,0	11,7
<i>ABlar/Dill</i>		8,90	10,5	9,00	21,7	8,10	2,80	9,17	25,5	5,63	2,67
<i>Marburg/Lahn</i>	"	14,9	19,9	14,3	37,9	13,5	9,70	18,4	41,7	13,0	9,00
<i>Hanau/Kinzig</i>	"	10,1	13,0	11,2	24,6	10,0	4,70	12,5	30,7	8,67	4,77
<i>Bad Vilbel/Nidda</i>	"	10,2	14,7	13,0	28,4	11,5	5,50	13,5	29,3	10,4	5,60
<i>Talsperren</i>	<i>Mittel [Mio m³]</i>										
<i>Edertalsperre</i>	"	151	158	103	177	199	139	158	169	200	180
<i>Diemeltalsperre</i>	"	15,0	14,0	11,7	16,5	19,5	14,6	14,0	14,8	19,3	17,3
<i>Grundwasserstand</i>	<i>Mittel [NN + m]</i>										
Messstelle: <i>Bracht</i>	"	257,84	258,20	257,63	258,09	258,78	258,17	257,76	257,76	258,61	258,90
<i>Bauschheim</i>	"	86,56	86,86	86,52	87,14	87,28	86,51	86,50	86,62	87,03	86,79
<i>Lampertheim</i>	"	87,22	87,36	87,09	87,61	87,82	86,99	87,01	87,11	87,53	87,35
<i>Beberbeck</i>	"	225,28	224,59	224,75	224,53	224,88	224,62	224,33	224,36	225,32	226,27
<i>Zell</i>	"	314,21	314,49	314,04	314,26	314,79	314,63	314,28	314,22	314,46	314,81
<i>Schwalbach</i>	"	272,65	273,82	273,24	274,72	275,16	273,29	272,10	272,29	274,75	274,78
<i>Kath. Willenroth</i>	"	295,99	296,34	295,57	296,20	296,82	296,33	296,01	296,13	296,92	296,92
<i>Langstadt</i>	"	128,23	128,96	128,21	128,47	129,20	129,19	128,99	128,99	129,48	130,01
<i>Weissenborn</i>	"	214,27	213,71	212,34	213,46	215,44	213,86	212,07	212,16	215,55	215,88

2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2001				2002		
		Durchschnitt	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<i>Messstation Bischofsheim Main Flusskm 4.0</i>										
Abfluss	m ³ /s	253	155	402	300	116	217			
Temperatur	Grad C	14	11,1	5,9	15,4	21	9,8	6,1	16,7	21,5
Sauerstoff	mg/l	10,4	9,9	12,4	11,3	6,8	10,9	12,5	11,4	6,7
pH		7,8	7,6	7,7	8	7,5	7,8	7,9	8,3	7,7
NH ₄ -N	mg/l	0,08	<0,07	0,1	0,09	<0,07	0,05	0,17	0,11	<0,07
NO ₃ -N	mg/l	5,2	4,7	4,9	4,4	4,0	4,7	4,8	4,7	4,7
Gesamt-N ³⁾	mg/l	5,5	5,8	6,0	5,3	5,6	5,4	5,6	5,6	6,0
o-PO ₄ -P	mg/l	0,06	0,08	<0,05	<0,05	0,07	0,08	0,12	0,06	0,11
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,19	0,20	0,22	0,14	0,21	0,18	0,16	0,15	0,2
Leitfähigkeit	mS/m	71	70	58	64	76	67	58	69	77
Chlorid	mg/l	53	51	41	42	60	48	41	44	55
TOC	mg/l	4,3	4,7	2,2	6,2	4,6	5,6	6,8	6,0	5,1
EDTA	µg/l	12,4	16,4	10,1	10,4	17,4	13,2	6,3	9,5	11,3
<i>Messstation Oberbief Lahn Flusskm 19,1³⁾</i>										
Abfluss	m ³ /s	35,8	30	88,2	30,5	13,6	16,4			
Temperatur	Grad C	12,2	9,3	4,8	13,6	18,4	7,8	5,4	14,5	18,2
Sauerstoff	mg/l	10,7	10,9	11,7	10,7	8,9	11,1	11,6	10,5	8,7
pH		8,1	7,8	7,7	7,8	7,7	7,6	7,5	7,8	7,6
NH ₄ -N	mg/l	0,13	<0,07	0,19	0,09	0,07	0,11	0,19	0,10	0,09
NO ₃ -N	mg/l	3,8	3,2	3,2	3,2	3,9	3,4	3,2	3,4	3,9
Gesamt-N ³⁾	mg/l	4,4	4,2	3,9	3,7	4,7	3,9	3,7	4,0	4,9
o-PO ₄ -P	mg/l	0,09	0,07	<0,05	<0,05	<0,05	0,06	0,09	0,06	0,05
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,21	0,28	0,16	0,17	0,23	0,16	0,14	0,15	0,23
Leitfähigkeit ³⁾	mS/m	34	29	26	31	37	29	22	32	35
Chlorid	mg/l	30	22	26	25	31	26	24	25	31
TOC	mg/l	3,9	4,2	3,6	3,7	4,0	4,2	3,6	4,4	5,2

Anmerkungen siehe Seite 13.

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2001				2002		
		Durchschnitt	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<i>Messstation Letzter Heller Werra Flusskm 83,9</i>										
Abfluss	m ³ /s	50,4	29	70	56	23	45			
Temperatur	Grad C	10,1	9,1	5,7	14,5	18,9	7,8	5,7	14,4	18,2
Sauerstoff	mg/l	12,1	11,5	13,5	13,4	12	11,1	11,6	11,6	12,8
pH		8,1	8,2	8,1	8,3	8,3	7,6	7,9	8,2	8,3
NH ₄ -N	mg/l	0,15	<0,07	0,17	<0,07	0,12	0,1	0,14	0,10	0,14
NO ₃ -N	mg/l	3,2	3,8	4,4	3,9	2,8	3,8	4,2	3,9	3,8
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,5	-	5,9	4	3,6	4,4	5,0	4,8	5,6
o-PO ₄ -P	mg/l	0,06	0,16	0,09	<0,05	0,08	0,15	0,13	0,12	0,16
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,14	0,21	0,2	0,15	0,21	0,17	0,17	0,15	0,2
Leitfähigkeit	mS/m	450	560	477	471	430	455	387	422	387
Chlorid	mg/l	996	1371	1278	1204	1271	1247	908	1080	1100
TOC	mg/l	4	4,6	5,8	4,6	6,3	5,4	5,0	4,8	6,7
<i>Messstation Wahnhausen Fulda Flusskm 93,5</i>										
Abfluss	m ³ /s	65	47	111	67	34	54			
Temperatur	Grad C	11,5	10,1	4,6	17,1	17,9	7,9	4,9	14,1	17,4
Sauerstoff	mg/l	11,1	9,5	10,8	11,7	9,3	10,3	10,6	11,1	9,2
pH		7,8	7,7	7,6	7,9	7,7	7,5	7,6	7,9	7,8
NH ₄ -N	mg/l	0,14	0,07	0,2	0,07	<0,07	0,11	0,16	0,15	0,11
NO ₃ -N	mg/l	3,4	3,0	3,8	3,5	3,0	3,5	3,9	3,4	3,1
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4	4,2	4,3	4,0	3,9	4	4,16	4,3	4,5
o-PO ₄ -P	mg/l	<0,05	0,07	0,06	<0,05	0,09	0,12	0,10	0,09	0,09
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,12	0,15	0,17	0,15	0,18	0,16	0,15	0,14	0,18
Leitfähigkeit	mS/m	47,5	48	41	46	46	43	3,8	44	46
Chlorid	mg/l	50	35	42	45	51	47	43	39	43
TOC	mg/l	3,5	5,3	4,8	4,7	4,4	5,8	4,6	5,9	5,7
EDTA	µg/l	2,9	2,8	2,1	1,9	2,0	2,7	1,2	1,4	1,9

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2001				2002		
		Durchschnitt	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<i>Messstation Mainz-Wiesbaden Rhein Flusskm 498,5</i>										
Abfluss	m ³ /s	2112	1411	2180	2622	1737	1476			
Temperatur	Grad C	14,5	12,8	7,7	15,5	21,2	11,2	7,4	16,1	21,3
Sauerstoff	mg/l	8,2	9,6	11,5	10,1	8,4	10,7	11,9	9,8	8,2
pH		7,9	7,8	7,9	7,9	7,8	7,9	7,8	8,0	7,9
NH ₄ -N	mg/l	0,07	0,08	0,11	0,06	0,03	0,06	0,07	0,03	0,03
NO ₃ -N	mg/l	2,5	2,4	3,2	2,1	1,7	2,5	2,9	2,4	1,8
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	3,3	2,8	3,8	2,4	1,9	2,9	3,3	2,8	2
o-PO ₄ -P	mg/l	0,05	0,06	0,06	0,04	0,05	0,07	0,08	0,04	0,04
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,08	0,09	0,11	0,06	0,07	0,1	0,1	0,1	0,07
Leitfähigkeit	mS/m	45	51	45	46	41	50	47	47	45
Chlorid	mg/l	56	62	51	39	41	55	-	-	-
TOC	mg/l	3,5	2,9	3,6	2,9	2,5	3,3	4,2	3,0	2,9
EDTA	µg/l	5,1	5,9	5,3	2,9	2,8	5,4	4,2	4,7	-

1) - Gesamt - N - Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoffs (Nitrat-, Nitrit-, Ammoniumstickstoff sowie der organisch gebundene Stickstoff, Nachweis durch Aufschluss).

2) - Gesamt - P - Summe der Polyphosphate und vieler Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluss zu Orthophosphat umgesetzt und bestimmt werden.

3) - vorl. Abflusswerte.

3. Luftbelastung nach Messstellen a) Temperatur in °C

Messstelle	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Kassel-Nord (Nordhessen)	4,5	14,9	16,5	7,4	3,3	12,9	17,2	6,0	4,3	13,6	17,3
Gießen (Mittelhessen)	3,7	14,2	16,3	6,9	3,5	13,7	17,4	5,8	4,3	14,0	17,1
Viernheim (Süd Hessen)	5,6	16,6	18,4	8,5	5,4	15,1	18,9	6,5	5,4	15,4	18,2

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
b) Stickstoffmonoxid in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bad Arolsen	2	2	2	4	4	2	2	2	4	2	2
Bebra	10	6	9	16	14	5	6	15	10	5	7
Borken	5	2	4	7	7	2	4	7	6	2	4
Darmstadt	20	7	10	29	24	6	7	29	22	5	7
Darmstadt-Hügelstraße	125	140	180	138	150	129	124	153	119	127	140
Dillenburg	41	30	36	52	57	29	34	59	41	29	41
Ffm.-Friedb.Landstraße	75	75	76	116	96	51	65	112	76	50	57
Ffm.-Höchst	42	22	27	70	62	16	20	57	45	16	22
Ffm.-Ost	47	24	32	77	47	19	25	59	42	16	17
Frankenberg	4	2	2	6	4	2	2	4	6	2	2
Fulda	39	34	39	50	51	24	27	54	37	26	35
Fürth/Odenwald	2	2	2	2	4	2	2	4	4	2	2
Gießen	51	21	26	56	51	19	21	64	42	17	24
Grabenua	4	2	4	4	4	2	2	4	4	2	2
Hanau	39	20	26	57	46	19	22	56	41	19	22
Kassel Fünffensterstr.	64	52	67	104	84	46	59	90	66	46	51
Kassel-Nord	24	19	27	36	42	17	19	41	26	17	21
Königstein	4	2	2	5	5	2	2	5	4	2	2
Lampertheim	12	6	9	26	14	4	6	22	17	4	6
Limburg	21	12	16	42	36	10	11	39	29	11	11
Linden	16	9	9	17	17	5	6	20	16	5	9
Marburg	21	7	12	39	30	6	9	29	22	7	9
Michelstadt	14	6	7	26	20	5	5	20	16	5	5
Nidda	9	4	5	9	7	4	5	11	9	4	4
Offenbach	34	11	17	39	35	10	15	45	34	7	11
Raunheim	35	16	24	56	47	11	14	46	35	10	15
Riedstadt	17	7	10	30	24	5	6	25	20	5	6
Spessart	2	2	2	4	4	2	2	4	2	2	2
Viernheim	22	10	14	40	34	7	9	37	29	7	9
Wasserkuppe	-	-	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Wetzlar	47	22	25	72	62	21	16	55	39	16	16
Wiesbaden-Ringkirche	90	64	79	121	97	55	64	116	87	49	61
Wiesbaden-Süd	32	14	19	54	41	11	12	46	29	10	14
Witzenhausen	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Zierenberg	-	2	2	4	4	2	2	4	4	2	2

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
c) Stickstoffdioxid in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bad Arolsen	15	8	10	16	17	8	7	15	16	8	9
Bebra	30	23	20	22	24	15	16	24	29	19	21
Borken	20	13	13	23	24	12	11	19	20	11	11
Darmstadt	40	29	29	34	34	23	30	47	41	28	30
Darmstadt-Hügelstraße	57	69	63	52	60	67	64	58	65	74	71
Dillenburg	42	43	38	39	42	37	37	37	41	38	40
Ffm.-Friedb.Landstraße	63	79	69	68	74	58	61	64	66	65	66
Ffm.-Höchst	46	45	39	53	62	41	42	44	51	43	45
Ffm.-Ost	52	41	38	48	43	34	39	39	46	34	34
Frankenberg	15	7	8	16	16	7	7	11	14	7	7
Fulda	37	40	33	33	39	31	34	37	37	33	34
Fürth/Odenwald	16	9	11	17	17	8	8	16	14	9	9
Gießen	46	40	36	41	46	36	36	40	48	38	37
Grabenua	14	9	10	14	16	9	9	15	16	9	10
Hanau	45	43	40	49	55	42	43	48	53	42	43
Kassel-Fünffensterstr.	49	56	48	47	49	47	51	48	51	50	50
Kassel-Nord	32	33	32	30	35	27	30	36	38	33	35
Königstein	17	11	11	21	20	10	10	17	18	9	9
Lampertheim	26	16	16	24	26	17	17	24	29	17	16
Limburg	31	27	26	30	38	28	29	35	37	29	29
Linden	28	20	20	28	30	18	20	26	30	18	19
Marburg	35	30	20	33	40	23	24	33	37	25	23
Michelstadt	25	20	17	24	30	17	16	26	29	18	16
Nidda	29	15	16	26	26	15	18	27	28	15	14
Offenbach	49	36	35	38	44	36	38	43	46	32	33
Raunheim	38	37	37	37	44	32	32	39	44	35	38
Riedstadt	33	24	26	33	37	20	22	31	32	20	22
Spessart	18	7	9	16	15	7	8	15	14	8	7
Viernheim	38	29	29	37	42	28	27	38	44	27	29
Wasserkuppe	-	6		9	9	6	6	10	9	6	5
Wetzlar	40	37	32	36	44	35	30	35	39	33	32
Wiesbaden-Ringkirche	59	66	64	60	61	52	58	57	61	56	58
Wiesbaden-Süd	43	38	34	40	46	31	33	33	37	29	35
Witzenhausen	12	6	8	13	13	8	7	14	13	6	6
Zierenberg	-	11	10	16	18	9	11	15	16	10	9

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
d) Ozon in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bad Arolsen	49	78	54	31	42	75	66	35	52	79	70
Bebra	34	57	37	20	31	61	52	22	41	58	45
Borken	41	67	48	28	39	66	56	25	42	62	52
Darmstadt	28	58	38	20	25	55	46	14	29	55	42
Dillenburg	21	39	23	10	17	44	33	12	25	41	27
Ffm.-Höchst	24	45	32	13	20	51	39	12	26	50	42
Ffm.-Ost	24	51	31	12	23	59	47	16	30	57	48
Frankenberg	49	79	54	28	41	80	70	31	47	70	61
Fulda	28	48	35	21	29	58	45	18	35	52	38
Fürth/Odenwald	54	88	68	42	52	85	79	38	58	84	73
Gießen	18	42	26	11	19	50	41	11	23	46	39
Grebenau	41	77	52	32	42	73	66	32	50	72	59
Hanau	29	55	37	15	23	57	50	13	28	55	44
Kassel-Nord	36	53	34	20	28	55	48	17	32	50	46
Königstein	45	79	54	27	36	77	66	28	48	69	63
Lampertheim	40	49	32	16	28	54	48	18	36	58	43
Limburg	31	49	36	21	26	59	52	20	37	51	41
Linden	35	52	40	21	29	60	50	19	34	54	47
Marburg	30	53	24	12	24	62	52	18	31	55	44
Michelstadt	36	55	43	22	31	56	50	20	38	62	49
Nidda	32	66	47	21	33	67	63	23	43	70	56
Offenbach	21	50	32	11	19	54	42	12	27	57	48
Raunheim	30	53	38	17	24	59	49	18	33	55	45
Riedstadt	36	62	46	22	32	68	57	19	35	61	50
Spessart	54	92	72	38	53	92	79	39	58	89	80
Viernheim	27	56	41	15	24	57	49	15	28	56	44
Wasserkuppe	-	82		58	67	98	93	60	77	103	87
Wetzlar	22	40	29	11	16	50	43	13	30	46	38
Wiesbaden-Süd	27	53	38	13	22	57	47	15	27	52	42
Witzenhausen	53	90	66	45	52	86	80	43	59	79	73
Zierenberg	-	75	47	27	42	79	71	40	53	60	61

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
e) Schwefeldioxid in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bad Arolsen	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Bebra	4	3	3	3	4	3	3	3	5	3	3
Borken	4	3	3	3	4	3	3	3	3	3	3
Darmstadt	7	3	3	5	6	3	3	3	5	3	3
Dillenburg	4	3	3	3	4	3	3	3	4	3	3
Ffm.-Höchst	7	4	4	6	8	3	3	4	6	3	3
Ffm.-Ost	7	3	3	7	8	4	3	5	7	3	3
Frankenberg	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Fulda	5	3	3	3	5	3	3	4	4	3	3
Fürth/Odenwald	5	3	3	3	3	3	3	3	5	3	3
Gießen	5	3	3	3	4	3	3	3	4	3	3
Graebenu	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Hanau	9	4	3	8	9	4	3	6	8	3	3
Kassel-Nord	4	3	3	4	6	4	4	4	5	3	3
Königstein	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Lampertheim	5	3	3	4	4	3	3	4	6	3	3
Limburg	5	3	3	4	5	3	3	4	4	3	3
Linden	4	3	3	3	4	3	3	4	5	3	3
Marburg	5	3	3	4	5	3	3	4	5	3	3
Michelstadt	6	3	3	5	7	3	3	5	7	3	3
Nidda	5	3	3	3	4	3	3	4	5	3	3
Offenbach	8	4	3	5	7	3	3	5	7	3	3
Raunheim	7	3	3	5	10	4	4	8	10	4	3
Riedstadt	5	3	3	3	4	3	3	4	5	3	3
Spessart	3	3	3	3	3	3	3	3	4	3	3
Viernheim	9	4	3	6	8	4	4	6	9	4	3
Wasserkuppe	-	-	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Wetzlar	4	3	3	3	3	3	3	3	4	3	3
Wiesbaden-Süd	8	4	3	5	6	4	3	5	7	3	3
Witzenhausen	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Zierenberg	-	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
f) Kohlenmonoxid in mg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Darmstadt	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,4
Darmstadt-Hügelstraße	1,3	1,4	1,5	1,2	1,4	1,1	1,0	1,3	1,1	1,1	1,1
Ffm.-Friedb. Landstraße	1,0	1,1	1,0	1,4	1,4	0,8	0,9	1,3	1,1	0,8	0,9
Ffm.-Höchst	0,7	0,5	0,4	0,7	0,7	0,3	0,3	0,5	0,6	0,4	0,4
Fulda	0,5	0,4	0,4	0,6	0,6	0,4	0,3	0,5	0,5	0,4	0,4
Gießen	0,7	0,4	0,5	0,6	0,7	0,4	0,4	0,6	0,5	0,4	0,4
Hanau	0,8	0,7	0,5	0,6	0,6	0,3	0,3	0,6	0,5	0,3	0,4
Kassel-Fünffensterstr.	1,3	1,0	1,1	1,4	1,2	0,8	0,8	1,2	1,0	0,8	0,7
Kassel-Nord	0,5	0,4	0,4	0,5	0,7	0,4	0,3	0,6	0,5	0,3	0,4
Limburg	0,5	0,4	0,4	0,6	0,6	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3
Linden	0,4	0,3	0,2	0,3	0,4	0,2	0,2	0,3	0,3	0,1	0,2
Offenbach	0,6	0,5	0,5	0,7	0,6	0,3	0,2	0,4	0,3	0,4	0,5
Raunheim	0,7	0,4	0,4	0,7	0,7	0,3	0,3	0,7	0,6	0,3	0,4
Viernheim	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5	0,2	0,2	0,4	0,4	0,3	0,3
Wetzlar	0,6	0,5	0,4	0,7	0,7	0,3	0,3	0,6	0,5	0,3	0,4
Wiesbaden-Ringkirche	1,7	1,3	1,4	1,9	1,7	1,0	1,0	1,4	1,3	0,9	0,9
Wiesbaden-Süd	0,6	0,5	0,4	0,6	0,6	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3
Zierenberg	-	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
g) Kohlenwasserstoffe (ohne Methan) in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Ffm.-Höchst	113	67	40	87	80	40	47	93	80	40	47
Ffm.-Ost	73	40	40	67	67	47	53	67	60	33	40
Kassel-Nord	47	113	53	80	87	47	53	73	60	53	60
Riedstadt	47	27	27	40	33	20	33	53	40	27	27

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
h) Staub in $\mu\text{g}/\text{m}^3$; ab 1. Quartal 2000 PM 10* in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bad Arolsen	18	19	20	14	16	16	24	22	22	23	20
Bebra	21	24	23	20	25	21	23	23	29	27	28
Borken	19	19	20	15	19	25	23	22	25	29	31
Darmstadt	24	24	23	20	26	27	27	30	35	25	28
Darmstadt-Hügelstraße	35	32	33	31	38	34	36	40	43	40	39
Dillenburg	23	26	27	23	25	34	23	23	23	24	24
Ffm.-Friedberger Landstr.	-	-	-	-	-	33	38	48	52	43	41
Ffm.-Höchst	26	25	25	24	34	33	20	23	32	30	28
Ffm.-Ost	34	31	30	28	33	25	33	34	35	30	29
Fulda	24	23	20	21	25	32	19	24	27	25	24
Gießen	26	25	32	32	28	22	19	20	34	34	34
Hanau	24	22	23	21	25	22	28	32	36	32	30
Kassel-Fünffensterstr.	32	33	32	37	38	31	31	37	35	40	34
Kassel-Nord	24	26	27	22	24	30	16	29	39	29	35
Lampertheim	-	-	13	12	16	18	13	18	32	27	24
Limburg	22	22	22	19	24	13	30	31	33	32	33
Marburg	23	26	23	20	23	29	28	23	26	28	23
Michelstadt	20	19	18	17	29	27	20	22	24	22	21
Nidda	20	18	18	14	22	22	30	29	36	33	25
Offenbach	43	41	44	20	24	27	18	28	33	26	27
Raunheim	27	24	24	23	24	18	21	24	29	25	26
Riedstadt	23	24	25	20	21	21	32	28	32	31	33
Viernheim	26	21	21	22	24	19	16	20	34	27	26
Wasserkuppe	-	-	12	7	8	18	12	9	8	-	-
Wetzlar	27	29	27	26	29	13	27	30	33	34	34
Wiesbaden-Ringkirche	29	-	35	38	28	24	27	32	27	23	24
Wiesbaden-Süd	28	24	21	25	28	26	22	28	32	29	28

* PM 10: Partikel mit $d < 10 \mu\text{m}$

Im Zuge der gesamteuropäischen Bestrebungen zur Überwachung der Luftqualität wurde am 29.06.1999 die neue EU-Richtlinie über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Stickstoffoxide, Partikel und Blei veröffentlicht. Die Richtlinie macht eine Umstellung der bisherigen Gesamtstaubmessung auf die Fraktion der Partikel mit einem aerodynamischen Durchmesser $< 10 \mu\text{m}$ ("PM10": particulate matter $< 10 \mu\text{m}$) erforderlich (spätestens bis 19.7.2001). Die Begründung für die künftige Konzentration auf diesen Teilbereich der Partikel liegt in dem deutlich größeren Schädigungspotenzial der lungengängigen Feinstäube. Mit Beginn des Monats Januar 2000 wurde mit der Umstellung der Staubmessgeräte von Gesamtstaub auf PM10 begonnen. Da für diese Komponente eine neue Messreihe beginnt, sind bis auf weiteres keine Langzeitwerte vorhanden. Vergleichsmessungen von PM10 zu Gesamtstaub haben ergeben, dass der Anteil von PM10 im Gesamtstaub in der Regel 70 - 80% beträgt. Weiterhin schreibt die Richtlinie im Falle der gasförmigen Komponenten (SO_2 , NO_2/NO) vor, das Volumen der Konzentrationsangabe ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) auf eine Normtemperatur von 20°C zu beziehen. Ab Januar 2000 werden somit die Konzentrationen für SO_2 , NO und NO_2 nicht mehr wie bisher auf 0°C sondern auf 20°C bezogen angegeben. Hierdurch werden die berichteten Werte dieser Komponenten um ca. 7% niedriger ausfallen als bisher.